Einzelpreis 10 Pfennige | Halle, Montag, den 31. März | Jahrg. 1924 • Nr. 77

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der Ill. Unterhaltungsbeil. „Volk und Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr; für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat März 2,— Goldmark. Anzeigenpreis. Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Stresemann / Hitler.

Dr. Gustav Stresemann fordert zum Eintritt in die völkischen Organisationen auf.

Kotau vor Hergt.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei macht eine Verbeugung vor den Deutschnationalen in anbetracht der Dinge, die da kommen könnten.

In Hannover findet gegenwärtig der Parteitag der Deutschen Volkspartei statt, auf dem am Sonnabend eine Entschließung gefaßt wurde, daß Sonderorganisationen innerhalb der Partei nicht geduldet werden könnten. Die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung erklärten sich bereit, im Sinne dieser Entschließung in den Reihen ihrer Parteifreunde wirken zu wollen. Damit ist der Riß einigermaßen verkleistert, wenigstens bis auf weiteres. Am Sonntag hielt der Vorsitzende der Partei, Dr. Stresemann, das große politische Referat, das nach dem Wolff-Bericht in folgenden Sätzen gipfelt:

Wir erleben den ganzen Jammer der Außenpolitik eines waffenlosen Volkes. Wir haben nichts zu tun mit einem Pazifismus, der sich einer solchen Waffenlosigkeit rühmt. Es gibt heute noch viele Leute, die glauben, daß der Ruhrkampf ein Fehler gewesen sei, weil er vergeblich war. Der Ruhrkampf ist kein Fehler gewesen, er hat der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk für sein Volkstum zu kämpfen und zu leiden vermag. Ich lehne es ab, ein Verdammungsurteil auszusprechen über die Männer, die über den passiven Widerstand hinausgegangen sind. Wir werden den Opfern dieser Kämpfe ein ehrendes Andenken bewahren. Wenn man von einem Siege Frankreichs an der Ruhr spricht, so glaube ich nicht, daß Frankreich, das aus den Wunden seiner Kriegs- und Nachkriegspolitik blutet, sich als glücklicher Sieger fühlt. Auf die Tätigkeit der Sachverständigen eingehend, erklärte Dr. Stresemann: Die Frage ist berechtigt, ob dies Komitee, von dessen ehrlicher Absicht und Objektivität ich überzeugt bin, sich ein richtiges Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit verschafft hat. Die deutsche Reichsregierung steht den Entschließungen der Sachverständigen in voller Freiheit gegenüber. Sie wird alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen, soweit das deutsche Volk die Leistungen, die sich aus der Verständigung ergeben, tragen kann. Phantastische Vorstellungen über die deutsche Leistungsfähigkeit würden nicht vorhanden sein, wenn die Führer der internationalen Wirtschaft einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse Deutschlands hätten. Noch heute existierten für unsere Wirtschaft Bestimmungen, die uns unendlich lähmen. Jede Zustimmung zu deutschen Reparationsleistungen ist abhängig davon, daß uns zuerst die Wiederverfügung über das Ruhrgebiet, über seine Wirtschaftsquellen, über seine Steuerkraft und über seine Verwaltung gegeben wird. Weiter gehört dazu die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Rheinland und in der Pfalz und die endliche Regelung über den Fortfall der Besetzung nach Ablauf der vertragsmäßigen Fristen. Dankbar möchte ich anerkennen, daß sich jetzt auch bei alliierten Regierungen die Stimme für das Recht erhoben hat. Was aus Rhein, Ruhr und Pfalz wird, das ist eine große Schicksalsfrage. Wir stehen vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob wir die Entlastung von großen Bürden höher schätzen als die Freiheit deutschen Landes. Es wäre ein Schandfleck in der heutigen Zeit, wenn wir die Lasten nicht auf uns nehmen wollten, um damit die Freiheit zu erreichen. Wenn wir einwilligen, aus der Reichsbahn eine Aktiengesellschaft und aus der Reichsbank eine international beaufsichtigte Währungsbank zu schaffen, so könnten wir das für die besetzten Gebiete. Es ist unsere Pflicht, alle erträglichen Lasten zu übernehmen, um die deutsche Freiheit zu erwirken. Der Minister wies dann gegenüber der Kritik an der deutschen Außenpolitik auf den Wiederbeginn der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und anderen Mächten auf Grund von Handelsverträgen hin. Er erinnerte an den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der eine Wiederherstellung der Meistbegünstigung bedeute, an die Herabsetzung der Reparationsabgaben für England sowie an die Kreditgewährung der Bank von England zugunsten der Golddiskontbank. Den vaterländischen Verbänden und Organisationen, auf die der Redner dann des längeren einging, müsse man Verständnis entgegenbringen. Man müsse aber andererseits die Verantwortlichkeit der Führer dieser Verbände fordern und verlangen, daß die Jugend frei von Verhetzung gehalten wird. Deshalb, so erklärte der Redner, **nicht Bekämpfung der Verbände, sondern hinein in die Verbände.** (!) Auf die wirtschaftliche Lage Bezug nehmend, erklärte der Minister, Deutschland brauche einmal den Abbau der politischen Bevormundung und zweitens die Mehrarbeit. (!) Er warne aber vor dem Extremen nach der einen oder anderen Seite. Dr. Stresemann würdigte zum Schluß die Wahlaussichten der verschiedenen Parteien und drückte sein Bedauern aus, daß die Deutschnationalen, die sich jetzt rüsten, die Regierung zu übernehmen oder maßgebend zu beeinflussen, sich nicht längst dazu durchgerungen hätten. (!) Wenn die Deutschnationalen an der Regierung teilnehmen, so werden sie in wenigen Monaten sehen, wie ganz anders die Dinge sich darstellen, wenn man verantwortlich handelt. Eine deutschnationale Regierung wird den Beamtenabbau nicht aufheben, den Steuerdruck nicht verhindern. In der Außenpolitik wird sie genau so gebunden sein durch die Konsequenzen des verlorenen Krieges wie wir. Ich habe die feste Ueberzeugung, so schloß Redner seine von starkem Beifall unterbrochenen Ausführungen, daß die Politik einer künftigen bürgerlichen Regierung zum Mittelpunkt die Auffassung haben wird und muß, die sich mit unseren Auffassungen deckt. (!)

Der Wahlaufruf der DVP.

Unter Schwarz-Weiß-Rot für das deutsche Volkskaisertum.

Hannover, 31. März. (WTB.)

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei stimmte einem Wahlaufruf zu, in dem es u. a. heißt: Die nächste Zukunft werde über die Lage des deutschen Volkes entscheiden. Niemals dürfe auch nur ein Teil des besetzten Gebietes preisgegeben werden. Die Reichseinheit gehe über alles. Nicht durch Putsche und Attentate, sondern durch Pflichterfüllung und Opferwilligkeit könne die völkische Zukunft Deutschlands gesichert werden. Grundlage jedes Wirtschaftsverkehrs sei eine feste Währung. Nur durch äußerste Sparsamkeit und angestrengte Arbeit könne unser verarmtes Volk wieder emporkommen. Nach einer Stellungnahme gegen die Lehren der Sozialdemokratie heißt es weiter: Die Partei sei nach wie vor Gegnerin der Erfüllungspolitik. Sie sei aber bereit, innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten auch schwerste Opfer zu bringen. Die Deutsche Volkspartei glaube an die Zukunft des Deutschen Reichs. Sie kämpfe unter den alten Farben Schwarz-Weiß-Rot und hoffe auf eine Wiederherstellung deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volkskaisertum.

*

Rede und Wahlaufruf lassen zweierlei Deutungen zu: Entweder will die Deutsche Volkspartei durch eine Rechtsschwenkung die Spaltung verhindern, oder aber sie hofft, den bevorstehenden Stimmenverlust einzuschränken und dadurch für die Deutschnationalen eine begehrte Koalitionsgenossin bei kommenden Regierungsbildungen zu bleiben. Bemerkenswert an dem Parteitag war schon von vornherein, daß der ganze Saal mit schwarzweißroten Farben ausgeschlagen war und keine einzige republikanische Flagge sich zeigte. Diese Vorbedeutung ist zum Symbol des Parteitages geworden, der ganz unter schwarzweißrot segelt.

Das Groteskeste an der Stresemannschen Rede ist der Satz: „Nicht Bekämpfen der (vaterländischen) Verbände, sondern hinein in die Verbände." Diese Aufforderung mutet namentlich angesichts der Ergebnisse des Hitlerprozesses mehr als sonderbar an. Hinein in die Mörderorganisationen, gibt der Minister eines Staates als Parole aus, dessen beste Männer durch die gedungenen Verbrecher jener Organisationen ermordet worden sind. Ist die Volkspartei schon reif für die Gesellschaft der Ehrhardt, Roßbach, Tillesen und Konsorten? Ist das aber nicht der Fall, dann stellt die Rede Stresemanns nur eine ganz niedrige Wahldemagogie dar, um die sogenannten nationalen Elemente des Volkes zu ködern bzw. bei der Stange zu halten und sich auf die Koalition mit den Deutschnationalen vorzubereiten. In dieser Auffassung werden wir bestärkt durch den Stresemannschen Kotau vor der Regierungswilligkeit der Deutschnationalen, von denen bedauert werden müßte, daß sie sich nicht schon längst zur Bereitschaft an der Regierungsteilnahme durchgerungen hätten.

Auch der Marxismus hat natürlich wieder herhalten müssen. Dann folgt in dem Aufruf ein Bekenntnis der Gegnerschaft zur Erfüllungspolitik. Dieses Bekenntnis stammt von einer Partei, die die Hauptverdiener der Erfüllungspolitik stellt. Die Ablehnung der Erfüllungspolitik ist also nichts weiter als eine Wahlkulisse, hinter der sich das unsaubere Geschäft einiger unentwegten Geldsackpatrioten verbirgt.

In diesen Rahmen passen die folgenden Schlußworte des Aufrufes wie die Faust aufs Auge: Sie (die Volkspartei) kämpfe unter den alten Farben Schwarz-Weiß-Rot und hoffe auf eine **Wiederherstellung deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volkskaisertum.** (!)

Wir sind überzeugt, daß nach dieser widerwärtigen, unechten Wahlmache die bisher noch unentschlossenen Wähler der Deutschen „Volks"partei den Fußtritt geben werden, den eine Partei verdient, die die Gesinnungslosigkeit zum Prinzip erhoben hat.

Die Gehälter der Hochverräter.

In Schweizer Franken festgesetzt.

München, 29. März.

Daß die Münchener Novemberputschisten nicht ganz so selbstlos gehandelt haben, wie sie es vor dem Volksgericht hinstellten, geht aus einem vom „Bayerischen Kurier" veröffentlichten Geheimschreiben des deutschen Kampfbundes vom Oktober 1923 hervor. Darin wird das Gehalt des Oberstleutnants Kriebel beim Kampfbund mit 200, das seiner höheren Offiziere mit je 150 Schweizer Franken festgelegt. Die Auszahlung in Franken ist besonders charakteristisch.

Die Verurteilung Zeigners.

Leipzig, 29. März. (Eig. Drahtbericht.)

In dem Prozeß gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner wurde folgendes Urteil gefällt: Dr. Zeigner wird wegen Vergehens gegen §§ 133 und 332 des Strafgesetzbuches zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Möbius wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Man braucht nicht an die unbedingte Gerechtigkeit und Zuverlässigkeit des Urteils zu glauben, das den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner auf drei Jahre ins Gefängnis schickt. Die sächsische Justiz selber hat viel dazu beigetragen, um den Glauben an dieses Urteil im voraus zu erschüttern. Indem die Staatsanwaltschaft statt Zeigner den unbedeutenden Möbius zum Hauptangeklagten machte, hat sie den Prozeß vor eine mit zuverlässig deutschnationalen Richtern besetzte Kammer dirigiert. Diese Richter haben sich trotz ihrer prononcierten Einstellung, trotz der persönlichen Konflikte, die sie zum Teil mit Zeigner während dessen Amtsdauer gehabt hatten, für nicht befangen erklärt. Sie haben sich für befähigt gehalten, objektiv über einen Mann zu urteilen, den sie als ihren geschworenen politischen Feind öffentlich und dienstlich bekämpft haben. Was dem Prozeß selber vorangegangen ist, wieweit die Zeugen durch den Haupttreiber Dr. Meltzer und durch die seltsame Vernehmungsart des Staatsanwalts Dr. Fiedler bereits im Vorverfahren sich bewußt oder unbewußt haben beeinflussen lassen, davon kann ganz abgesehen werden.

Hier genügt die Feststellung, daß es sich um einen Urteilsspruch politischer Gegner handelt, die selbst an ihre Objektivität glauben mochten, an deren Unvoreingenommenheit ein Dritter zu glauben aber nicht verpflichtet ist. Aber wenn man auch alles dieses dem ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zugute hält, so kann man zu dem Urteil nur sagen, daß es ihn strafrechtlich zu hart trifft, daß er aber keineswegs moralisch gerechtfertigt aus dem Prozeß hervorgegangen ist.

Unschuldig im Sinne einer höheren Moral ist Dr. Zeigner nicht. Aber trotzdem dürften die Kriminalitätsschnüffler der Rechten, die sich von diesem Prozeß die Aufdeckung unerhörter Schandtaten versprachen, nicht auf ihre Kosten gekommen sein. Mehr und mehr stellte sich durch die Verhandlung das Schicksal Dr. Zeigners als Tragödie heraus, nicht als eine Kette niedriger Verbrechertaten. Was man erlebte, war das tragische Schicksal eines nervenschwachen Menschen, der sich seit Jahr und Tag in den Händen eines blutsaugerischen Erpressers befand, in den Händen eines Individuums, das an geistiger Veranlagung tief unter Dr. Zeigner stehend, dennoch durch brutale Energie und gewissenlose Verbrecherroheit der Stärkere von beiden war. Wir halten es nach der Beweisaufnahme — im Gegensatz zum Gericht — für erwiesen, daß bei den Begnadigungsverfahren Dr. Zeigner tatsächlich nur das Werkzeug des Erpressers Möbius war, daß Dr. Zeigner persönlich von den Begnadigungen nicht das mindeste gehabt hat, sondern daß Möbius die Person des Ministers nur vorschob, um die angeblich für Dr. Zeigner geforderten Geschenke und Bestechungssummen in seine eigene Tasche fließen zu lassen, wie das in einer Anzahl von Fällen klipp und klar erwiesen worden ist. Jedenfalls spricht in diesem Sinne nichts für ein habsüchtiges Verhalten des ehemaligen Ministers. Im Gegenteil, glaubhafte Zeugen haben bekundet, daß Dr. Zeigner persönlich durchaus anspruchslos und uneigennützig war.

Aber freilich, um so fest in die Klauen eines Verbrechers zu geraten, daß man sich immer wieder in dessen unsaubere Geschäfte hineinziehen lassen mußte, dazu war eine Anfangsschuld notwendig, und sie war vorhanden. Diese Anfangsschuld, zunächst die Annahme eines unbedeutenden Geschenkes aus einer Mehlschiebung, daraus schon erwachsend die schwere Tat der Aktenvernichtung, hat nicht der sozialdemokratische Minister Dr. Zeigner, sondern diese Tat hat Dr. Zeigner in seiner Eigenschaft als Soldat begangen. Freilich muß diese Tat nach juristischen Begriffen als verjährt gelten, und sie ist innerlich gebüßt worden durch das jahrelange Gefühl der Angst und Abhängigkeit von einem Möbius.

Die wirklich schwere, fast unfaßbare moralische Schuld Dr. Zeigners ist überhaupt keine kriminalistische, sondern eine ethische. Begangen wurde sie gegenüber der Sozialdemokratischen Partei. Ein Mann, der infolge seiner unbedachten Handlung in die Klauen eines Erpressers geraten ist und von diesem gequält wird, mag unser Mitleid verdienen. Er verdient es nicht mehr, wenn er in voller Kenntnis seiner bedrohten Lage sich an eine Stelle begibt, an der nur absolut unantastbare und einwandfreie Männer stehen dürfen. Man breche nicht den Stab über jeden, der einen Flecken auf der Weste hat. Aber wer einen solchen Flecken hat, der muß sich eben bescheiden und auf sein privates Leben beschränken. Drängt er sich in die Oeffentlichkeit und gar unter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403311-15/fragment/page=0001
DFG

Verschweigung dieses Umstandes, so fügt er einen viel schlimmeren Flecken hinzu: er begeht eine Treulosigkeit gegen seine Freunde und Gesinnungsgenossen, die auf die anscheinende Makellosigkeit seines Rufes bauen.

Was die Partei Dr. Zeigner vorzuwerfen hat, ging aber die sächsischen Richter nichts an und durfte sie nichts angehen. Sie hatten nicht nach allgemein ethischen, sondern nach rein strafrechtlichen Gesichtspunkten zu urteilen. Und hier scheint es, daß sie unbewußt der Versuchung nachgegeben haben, den Mann, den sie als politischen Gegner empfanden, auch als gemeinen Verbrecher erscheinen zu lassen. Das war Dr. Zeigner nicht, und wenn es etwas gibt, was ihm die verscherzten Sympathien zum Teil zurückgewinnen kann, so ist es die exorbitante Strafe von drei Jahren Gefängnis, zu der ihn das Gericht — höher als den wirklichen Verbrecher Möbius — verurteilt hat.

Das Charakteristikum der Urteilsbegründung.

Damit sich unsere Leser von der politischen Einstellung des Zeigner feindlichen Richterkollegiums die richtige Vorstellung machen können, lassen wir nachstehend die bemerkenswerteste Stelle aus der Urteilsbegründung folgen:

„Der Angeklagte ist das Opfer von dreierlei Verhältnissen. Erstens ist er Psychopath, und hierin sieht das Gericht einen Hauptgrund, ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Der Angeklagte ist ferner das Opfer eines Systems (!) geworden. Das Gericht geht sonst nicht auf politische Verhältnisse ein und ist im ganzen Prozeß nicht darauf eingegangen. (!) Jetzt aber muß es geschehen, weil es zugunsten (!) des Angeklagten spricht. **Der Angeklagte ist Justizminister geworden, nicht weil er die geeignete Persönlichkeit gewesen wäre, nicht weil er durch langjährige Bewährung im Dienste des Staates prädestiniert worden wäre für den höchsten Posten im Lande,**

er ist Justizminister geworden lediglich wegen seiner Parteizugehörigkeit,

obwohl er, wie jedem, auch in seiner Partei, hätte erkenntlich sein müssen, **für diesen Posten durchaus ungeeignet war.** (!) Wenn die Partei, der der Angeklagte angehörte, zu Ehren des sakrosankten Systems keinen Minister wählen wollte aus der anderen Hälfte des Parlaments, die ebenso groß war, so stand es ihr doch offen, einen unparteiischen Beamten, und deren gab es eine große Zahl, der durch Alter, Leistung und Bewährung für den Posten geeignet war, zu ernennen. Aber dieser Weg durfte nicht beschritten werden aus Prinzip. Es wurde auf den Posten erhoben ein junger Mann, der noch nichts Sichtbares geleistet hatte und den eine Partei mit kritischen Augen ansehen mußte. Er gehörte nicht zu der Gruppe von ehrenwerten Männern, die zu einer Zeit, als es noch nicht empfehlenswert war, der Partei angehörte, sondern er gehörte zu der Gruppe von Leuten, die erst seit Herbst 1919 zu der Partei gehörte.

Man bedenke die Demagogie dieser Urteilsbegründung. Um Zeigner herabzusetzen, erklären die deutschnationalen und völkischen Richter die alten Sozialdemokraten für ehrenwerte Männer. Vor dem Kriege beschimpfte man sie als „vaterlandsloses Gesindel", heute nennt man sie „Novemberverbrecher". Macht nichts: Um Zeigner vernichtend zu schlagen, werden aus „Verbrechern" „ehrenwerte Männer". Man braucht eine Folie, um den verhaßten Angeklagten auch in den Kreisen der Sozialdemokraten und Republikaner verächtlich erscheinen zu lassen. Die „ehrenwerten Männer" verbitten es sich, für die Methoden der Klassenjustiz als Musterknaben mißbraucht zu werden.

Ein deutschnationaler Schmierfink über das Urteil.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" sind das schmierigste Blatt der deutschen Bourgeoisie. Man erkennt ihr Gesicht am deutlichsten in den Spalten dieser Preßkloake. Ueber das Zeigner-Urteil heißt es dort:

Das Urteil gegen den ehemaligen Justizminister und Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Erich Zeigner, ist gesprochen. Zuchthaus hatte der Staatsanwalt beantragt, auf Gefängnis hat das Gericht erkannt. **Das Urteil ist also milde ausgefallen.** Wir haben nichts dagegen einzuwenden, uns genügt es, daß **ein politischer Schädling unschädlich gemacht worden ist.** Auf drei bis sechs Jahre wenigstens. **Für die Nachfolge Friedrich Eberts wird die begeisterte Anhängerschaft des Verurteilten, wenn das Urteil rechtskräftig wird, ihn nicht gut als Kandidaten aufstellen können; aber es gibt ja auch sonst noch allerhand nahrhafte Ehrenstellen, die sie für ihren Liebling warmhalten kann.**

Der Hinweis auf die Nachfolge Eberts ist nur in einer Republik möglich, die sich täglich selbst schändet. Das übrige Geschmiere erinnert an das Gebaren einer Hyäne, die auf dem Leichenfelde mit Behagen fleddert. Ein ekelhaftes Geschäft, das wir allerdings für die Schmutzpublizistik des Leipziger Pressereptils als angemessen erachten.

Nach der Flucht.

Die Staatsanwaltschaft denkt an keine Verhaftung der Hochverräter. • Freispruch Ludendorffs? • In Erwartung des Urteils.

München, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Erholungsreise" der drei Herren Kahr, Lossow und Seißer nach Korfu und anderen Plätzen im Mittelmeer wird in München naturgemäß in allen politischen Kreisen aufs lebhafteste besprochen. Die einen nennen es Flucht vor der Staatsanwaltschaft, die anderen Feigheit vor den im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im Hitler-Prozeß in Aussicht stehenden Dingen, und ganz wenige ehemalige Freunde und Helfer aus der Zeit des Generalstaatskommissariats sprechen von der Notwendigkeit einer Erholung, die bedingt sei durch die aufreibende Tätigkeit der drei Herren während der letzten Monate. Ueberall aber, auch in Regierungskreisen, herrscht die einstimmige Auffassung, daß im Interesse der noch übriggebliebenen Staatsautorität der Zeitpunkt dieser Reise als überaus unglücklich gewählt erscheint. (!) Kurz vor ihrer Abreise wurden sie vom Staatsanwalt nochmals vernommen und ihr Verhör beendet. Es ist anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft nicht daran denkt, als Kläger gegen die drei Herren aufzutreten. Einen anderen Ausgang dieser in der Hauptsache formalen Angelegenheit hat auch niemand erwartet. Ob die drei bayerischen Diktatoren a. D. sich vor den Begleiterscheinungen des Hitlerurteils geflüchtet haben, ist zum mindesten bei den beiden Militärs zweifelhaft. Immerhin ist es kein Geheimnis, daß die Hakenkreuzler für Dienstag allerhand vorbereiten. Unter anderem sollen seit einigen Tagen immer neue Trupps von Oberländlern und anderen Organisationen wohlausgerüstet in München eintreffen. Man spricht von einem riesenhaften Protestzug, der für die Helden der Infanterieschule veranstaltet werden soll. Schließlich ist nicht ausgeschlossen, daß aus diesem Protestzug ein Triumphzug werden könnte. Die Heimkehr Ludendorffs, dessen Freisprechung allgemein erwartet wird (!), dürfte jedenfalls an die Hüter der Staatsautorität erhebliche Anforderungen stellen. Vorbereitungen zur Abwehr der Machenschaften der Leute, die neue Staaatsstreichsporen sich verdienen wollen, sollen in ausreichendem Maße getroffen sein. Am Montag wird die Polizei besondere Anordnungen und Warnungen an das Publikum erlassen; u. a. wird es den Zeitungsverlegern verboten, das Urteil durch Anschläge an den Telegrammtafeln bekanntzugeben, um die Bildung von Massenansammlungen nicht zu begünstigen.

In eingeweihten Kreisen wird damit gerechnet, daß Kahr und Seißer nach ihrer Erholungsreise nicht mehr in ihre Aemter zurückkehren, sondern freiwillig (!) zurücktreten werden. Kahr wird als Regierungspräsident von Oberbayern durch den im Januar abgebauten Regierungspräsidenten Loritz und Seißer als Kommandant der bayerischen Landespolizei durch Oberstleutnant Forster, der zu den wirtschaftlichen Sachverständigen des verflossenen Generalstaatskommissariats (!) gehörte, vertreten.

*

Es dämmert.

München, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Staatsrat Meyer, Präsident des Oberlandesgerichts München, zieht in der „Bayerischen Staatszeitung" eine Bilanz über die bayerische Politik gegenüber dem Reich, die insofern bemerkenswert erscheint, als er **offen von einer Niederlage Bayerns und von der Notwendigkeit einer gewissen Umkehr spricht.** „Die Ereignisse des 8. und 9. November", so sagt er, „und voran der jetzige Hitler-Prozeß mit all seinen Begleiterscheinungen und Auswirkungen sind politisch das größte Unglück, das Deutschland seit dem Versailler Friedensvertrag getroffen hat. Insbesondere Bayern wurde in seinen föderalistischen Bestrebungen und in seiner Eigenstaatlichkeit geschwächt; das Reich und der Reichsgedanke haben ihre Stärke erwiesen. Wir brauchen in Bayern Gesundung, Entspannung, Versöhnung, Kräftigung der Staatsautorität, eine Regierung der Ordnung und der Arbeit. Denn über dem Einzelnen, über dem Sonderinteresse, über den Parteien steht Staat und Volk. **Bayern muß sein Verhältnis mit dem Reich endgültig ordnen, wir müssen unsere innerpolitischen Vorgänge immer in ihrer Wirkung auf das Ausland betrachten.** Die Krisen zwischen Bayern und dem Reich dienen letzten Endes nur dem Ausland, stärken oder schwächen unter Umständen das eine oder andere Kabinett der Ententemächte. Auch in der Politik muß man aus den Ereignissen lernen."

Heute Vorstellung des neuen Kabinetts.

Paris, 31. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die neue Regierung ist am Sonntagnachmittag unter dem Vorsitz Millerands zu dem ersten Ministerrat zusammengetreten. In der Kammer sind bereits mehrere Interpellationen über die innere und äußere Politik der neuen Regierung eingebracht worden, und es liegen dazu bereits Wortmeldungen von Briand, Herriot, Tardieu u. a. vor. Nach den augenblicklichen Dispositionen beabsichtigt die Regierung in der Kammer heute, Montag, den Antrag zu stellen, die Aussprache über das Regierungsprogramm zurückzustellen bis zur Verabschiedung von drei neuen Budgetzwölfteln des Wiederaufbau-Etats. Es ist möglich, daß es bereits darüber zu einer ernsten Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition kommen wird. Der sozialistische Abgeordnete Inghels, der die Riesenunterschleife in den zerstörten Gebieten aufgedeckt hat, beabsichtigt, den ehemaligen Wiederaufbauminister und nunmehrigen Handelsminister Loucheur darüber zu interpellieren. Außerdem aber wird die Opposition den Antrag stellen, vorläufig nur ein Budgetzwölftel zu bewilligen.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird noch immer sehr lebhaft kommentiert. Angesichts der Tatsache, daß dem neuen Ministerium eine ganze Anzahl Männer angehören, die die innere wie die äußere Politik Poincarés bis in die jüngste Zeit hinein aufs schärfste bekämpft haben, liegt die Frage nahe, ob Poincaré seit der Krise vom letzten Mittwoch politisch umgelernt hat oder ob Männer, wie Loucheur, Jouvenel und Marsal ihre Portefeuilles mit der Aufgabe ihrer persönlichen Ueberzeugung bezahlt haben. Die Regierungserklärung am Montag wird möglicherweise bereits darüber Aufschluß geben. In halboffiziösen Mitteilungen und Kommentaren wird zwar mit allem Nachdruck versichert, daß die innere und die äußere Politik des neuen Ministeriums genau die gleiche sein wird wie die des zurückgetretenen, aber gerade in Frankreich kommt es bei solchen Dingen sehr auf die Auslegung an, und man wird deshalb gut tun, das endgültige Urteil darüber einstweilen zurückzustellen.

Poincaré hält an der Rheingrenze fest.

London, 29. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kommentare der englischen Presse über die neue Zusammensetzung des französischen Kabinetts betonen übereinstimmend, daß keine Aenderung der französischen Politik zu erwarten ist. Entgegen dem offiziellen französischen Dementi hält der Pariser Korrespondent des „Daily Herald" seine Meldung aufrecht, daß vor einigen Tagen eine Abordnung führender militärischer Kreise bei Poinaré vorgesprochen und von diesem die vertrauliche Zusicherung erhalten habe, daß Frankreichs Interesse an der Rheingrenze und der dauernden Festhaltung des linken Rheinufers gewahrt werde.

Das Vertrauensvotum gesichert.

Paris, 31. März. (WTB.)

Wie „Petit Parisien" über die Sitzung der republikanisch-demokratischen Entente weiter berichtet, beschloß die Gruppe mit großer Mehrheit, Poincaré das Vertrauen zu gewähren, jedoch wurde der Abgeordnete Gaborit auf seinen Wunsch ermächtigt, eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung einzubringen. Im Laufe des gestrigen Tages hat auch der Abgeordnete Forgeot eine Interpellation über die Zusammensetzung des Kabinetts und seine allgemeine Politik eingebracht.

Sieg der australischen Arbeiterpartei.

London, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Das Endergebnis der australischen Wahlen zeigt, daß die Arbeiterpartei einen großen Wahlsieg errang. Sie erhielt 25 Mandate gegenüber 10 Mandaten, die auf die Regierungspartei, und 13 Mandate, die auf die Farmerpartei entfallen. Ein Regierungswechsel ist wahrscheinlich.

Wahlrede des Reichskanzlers.

Hannover, 31. März. (WTB.)

Reichskanzler Marx hielt gestern in der Stadthalle eine große politische Wahlrede. Mit Bezug auf die Reparationspolitik sagte er u. a. folgendes: Die Regierung ist sich bewußt, daß sie das Volk einen mühseligen Weg führt. Um wieder zu erträglichen und gesunden Verhältnissen im Innern zu kommen, müssen wir die schweren Lasten der Reparationen auf uns nehmen. Politik ist nicht Sache des Herzens und Gefühls, sondern kühler Vernunft und ernster Pflichterfüllung. Daher würde ein Sieg der deutschvölkischen Sache geradezu den Untergang des Reiches bedeuten. Weit nationaler als pathetische Aufpeitschung der Volksleidenschaften ist der Wille strenger und ernster Pflichterfüllung, um möglichst bald das widerrechtlich besetzte Ruhrgebiet zu befreien, die Zollgrenze zu beseitigen und die offene Wunde, an der unsere Wirtschaft blutet, zu schließen. Am Schluß wandte der Kanzler sich in eindringlichen Worten gegen die Aufpeitschung konfessioneller Leidenschaften, gegen die Entfachung eines neuen Kulturkampfes. Das Zentrum werde weiter den Weg gehen, den Vernunft, Pflicht und Vaterlandsliebe ihm wiesen.

Emminger baut die Republik ab.

Amtlich wird gemeldet: Dem Reichskabinett ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den der im Gesetz zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 eingesetzte Staatsgerichtshof aufgehoben werden soll. Damit würden an Stelle dieses Sondergerichts wieder die ordentlichen Gerichte zu treten haben. An den im Gesetz zum Schutz der Republik vorgesehenen Strafbestimmungen wird hierdurch nichts geändert.

*

Herr Emminger fährt also fort, der Republik weiter Schimpf und Schande angedeihen zu lassen, denn praktisch würde die Aufhebung des Staatsgerichtshofes bei der Einstellung unserer Richter nichts anderes bedeuten, als daß jeder Gymnasiast ohne Gefahr die Einrichtungen der Republik beschimpfen kann. **Wir erwarten, daß der Reichspräsident deshalb der Aufhebung des Staatsgerichtshofes entgegentritt und die Erledigung des Emmingerschen Entwurfes auf den gesetzmäßigen Weg verweist.** Oder sollte der Artikel 48 auch hier wieder mißbraucht werden?

Wagners „Siegfried" im Stadttheater.

Die „Siegfried"-Aufführung am Sonnabend hinterließ im großen und ganzen vorteilhafte künstlerische Eindrücke. Unter der sicheren musikalischen Leitung Oskar Brauns ging die Wiedergabe ohne erhebliche Störungen vonstatten. Da Halle über keinen geeigneten Vertreter der Mime-Partie verfügt, hatte man einen Weimarer Gast (Fritz Stauffert) geholt, der das Technische tadellos beherrschte, stimmlich allerdings die Grenzen seines Vermögens sehr deutlich fühlen ließ. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die Besetzung der Alberich-Partie durch Erich Borries nicht viel mehr als ein interessanter Versuch war. Die Regie hatte zwar für einen angemessenen schauspielerischen Rahmen der Leistung gesorgt, konnte aber naturgemäß die Schwächen der ziemlich unfertigen Gesangsleistung nicht verdecken. Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hinterließ der Siegfried Fritz Berghofs in den ersten beiden Akten. Berghof entwickelte namentlich in der Schmiedeszene glänzende Töne. Vom dritten Bilde an stellte sich allerdings eine leichte Ermüdung des Organs ein, die sich in der Schlußszene stark bemerkbar machte. Es spricht für die außerordentlich starken Eindrücke der Leistung der ersten Akte, daß die schließliche Ermüdung der Stimme die Freude an der Gesamtleistung kaum herabminderte. Eine korrekte Leistung bot auch Kerzmann als Wanderer. Seine deklamatorischen Vorzüge für Wagnerrollen sind hinlänglich bekannt, dazu gehört vor allem die klare Aussprache, die sich bis in die von Wagner so sehr befürworteten Nebensilben erstreckt. Diese Präzision mußten wir leider bei den Frauenstimmen vermissen. Das trifft sowohl auf die Erda Henriette Boehmers wie auch auf die Brünnhilde Maria Günzel-Dworskis zu. Im übrigen fiel die letztgenannte Künstlerin durch Frische und Resonanz ihres Organs auf. Der Waldvogel Hertha Reineckes hätte reiner im Klang sein können.

Die musikalische Leitung Oskar Brauns war gediegen. Der Orchesterklang war gut auf Bühne und Haus eingestellt. Die Regie August Roeslers erzielte namentlich im dritten und vierten Bild gute Eindrücke. Der Beifall des Publikums war stark und nachhaltig.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, 7½ Uhr: „Die Weber"; Dienstag 7 Uhr: „Siegfried"; Mittwoch: „Die Meistersinger"; Donnerstag: „Die Weber"; Freitag: „Marquis von Keith"; Sonnabend: „Menschenfreunde"; Sonntag: „Der Vetter aus Dingsda".

Die Türkin als Schauspielerin.

In Konstantinopeler Theaterkreisen geht man jetzt eifrig daran, türkische Schauspielerinnen heranzubilden. Bekanntlich waren die weiblichen Bühnenkräfte bisher ausschließlich unter den Armenierinnen rekrutiert, da ja die fanatischen Vorschriften der mohammedanischen Religion es verhinderten, daß eine Türkin in der Oeffentlichkeit auftrat. Während der armenischen Verfolgungen in den Jahren 1914 bis 1915 trug sich Talaat Pascha mit der Absicht, Zigeunerinnen für das Theater anzuwerben. Bei dem kläglichen Geisteszustande der orientalischen Zigeuner mußte dieses Projekt naturgemäß gänzlich fehlschlagen. Auch Griechinnen kamen deswegen damals nicht in Betracht, weil die griechische Aussprache den richtigen türkischen Akzent keineswegs richtig wiederzugeben imstande ist. Nun ist eine große Bewegung im Gange, die darauf abzielt, die Türkin zur Schauspielkunst heranzuziehen. Daß dieser Versuch nicht erfolglos bleiben wird, geht daraus hervor, daß es in den wohlhabenden Kreisen der türkischen Gesellschaft sehr viele in französischen und englischen Schulen ausgebildete Mädchen gibt, die sehr gern auf die Bretter gehen würden, obzwar in der Türkei von einem verständnisvollen Theaterpublikum gar keine Rede sein kann, was natürlich mit sich bringt, daß die Künstler dortzulande einer sehr traurigen Notlage anheimgefallen sind. Die nationalistische Strömung, die gegenwärtig die Türken beseelt, greift auch auf die Kunst über, und religiöse Rücksichten scheinen gänzlich in den Hintergrund getreten zu sein. Immerhin wird dies den reaktionären Kreisen viel Kopfzerbrechen bereiten, denn das öffentliche Auftreten der Türkin bedeutet nach dem Koran eine Entweihung und eine Profanation der allerschlimmsten Art.

Z. S.

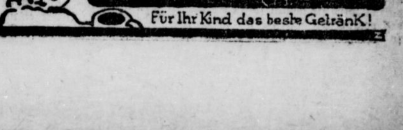
Wirtschaftspolitik.

Wieder 1,8 Millionen Tonnen Kohlenlieferung ab 1. April?

Bochum, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die vier Bergarbeiterverbände sind an die „Micum" mit dem Ersuchen herangetreten, an den kommenden Beratungen über die Neugestaltung der Micumverträge teilnehmen zu können. Die „Micum" hat die Verbände informiert, daß ihr eine Unterredung mit den Gewerkschaften erwünscht sei. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen und der „Micum" werden am Montag in Düsseldorf beginnen.

Wie verlautet, will die „Micum" den Kohlenvertrag dahin abändern, daß die Zechen des Ruhrgebiets ab 1. April nicht mehr ihre Förderungen abzuliefern haben, sondern vorläufig bedingungslos die früher von der Reparationskommission geforderten Mengen Kohlen, etwa 1,8 Millionen Tonnen liefern sollen.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240331 1-15/fragment/page=0002

Mitteldeutsche Gewerkschaftskonferenz.

Eine überwältigende Mehrheit für Amsterdam. — Grabow kann sein Verbandsbuch nicht zeigen.

Ein Wendepunkt.

Schluß mit der kommunistischen Zerstörungsarbeit.

gestrigen Sonntag fand in Köthen eine gutbesuchte Ge chaftskonferenz für die Regierungsbezirke Magdeburg Merseburg sowie den Freistaat Anhalt statt. Die renz hat gezeigt, daß bei denjenigen, die auf dem Boden der ngen und Richtlinien des ADGB. stehen, der Wille vorhanden aktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, daß aber die organi Opposition nicht mitarbeiten will, sondern auch fernerhin Tätigkeit in schädigender Hetzarbeit gegen die freien Gewerk ten erblickt. All die von der kommunistischen Opposition bis aufgestellten Parolen und unsinnigen Forderungen brachen rn elend zusammen. Daß es den Kommunisten aber auch gar t auf ernste Gewerkschaftsarbeit ankommt, sondern daß sie iglich bei ihrer Arbeit den Weisungen der KPD.-Zentrale gen, zeigt, daß sie an Konferenzen kein Interesse mehr haben, n sie ihr Ziel nicht mehr erreichen können. Auch gestern ver ßen sie nach der Abstimmung die Konferenz, so daß der Vor nde feststellen mußte, daß die kommunistischen Delegierten die teressen ihrer Mandatgeber nicht vertreten, dern das gute Wetter lieber ausnutzen. So werden die Gelder Gewerkschaftsmitglieder verwandt. Auch die gestrige Kon nz hat wieder gezeigt, daß es um die kommunistische Opposition echt bestellt sein muß. Weil sie praktische Arbeit nicht aufweisen nen, stellen sie ihre ganze Tätigkeit auf Verleumdungen ein, ohne als den Nachweis zu erbringen. Man glaubt, es wird schon s hängen bleiben.

er Genosse Hesse wies darauf hin, daß die Opposition im ssenkampf" Saupe und ihm vorgeworfen habe, sie seien be lte Subjekte und Fasciſten. Er forderte die kom istischen Delegierten auf, dafür den Wahrheitsbeweis rbringen. Aber nicht einer wagte es, und sie mußten sich des den Vorwurf der Lüge und Verleumdung gefallen lassen. Die rheit der mitteldeutschen Gewerkschaftler aber wird sich nicht er die Zerstörungsarbeit der kommunistischen Opposition ge n lassen, das hat die Konferenz in Köthen gezeigt. Die Worte Genossen Schulz vom Bundesvorstand: „Ein zweites mar gibt's nicht wieder" wurden daher mit Beifall enommen. Wir lassen nachstehend den Bericht folgen:

chdem die Vereinigten Arbeitergesangvereine Köthens zwei r zur Begrüßung gesungen hatten, eröffnete Genosse Schulz Bundesvorstand die Konferenz. Er begrüßte die Erschienenen gab seiner Freude Ausdruck, daß auch die Bezirkskartelle des Bundes Vertreter entsandt hatten. Es entspann sich zunächst Geschäftsordnungsdebatte. Höcker (Halle) erklärte, die itionellen Kartelle seien nicht eingeladen, während Schulz te, daß alle die Kartelle eingeladen seien, die ihre Adresse det hätten. Grabow bezweifelte die Zuständigkeit der renz, da das Bezirkskartell Halle-Merseburg noch nicht auf sei. Schulz wies darauf hin, daß die Auflösung in den esmitteilungen bekanntgemacht sei. (Das wußte auch Gra denn der „Klassenkampf" hat die Notiz abgedruckt.) Schulz weiter mit, daß ein Grabow aus dem Bau erksbund ausgeschlossen sei; Grabow bestritt, Grabow zu sein. Nachdem noch die Vertreter des Afa s die Konferenz begrüßt hatten, konnte in die Tagesordnung reten werden.

s einleitende Referat hielt der Genosse Schulz vom Bundes nd. Er führte aus: Die auf dem Leipziger Gewerkschafts ß beschlossene Satzungsänderung enthält im § 50 Bestim n über die Bezirksausschüsse. Früher waren die Bezirks ns als Sekretariate bezeichnet, zur Erteilung der Rechts ft und wegen der Sozialversicherung geschaffen. Heute ist werkschaftliche Aufgabengebiet gewachsen, so daß eine straffe isation notwendig ist. Der Leipziger Beschluß mußte durch t werden. Grundsätzlich muß dabei die agitatorische und aftliche Lage berücksichtigt werden. Der Bundesvorstand her die Bezirke so eingeteilt, als wenn die Bezirkswirtschafts n die Tat umgesetzt wären. Der Vorläufige Reichswirt rat hat positive Vorschläge gemacht. 13 Bezirkswirtschafts waren vorgesehen; diesen Vorarbeiten hat sich der Bundes d angepaßt. Für die Provinz Sachsen, mit Aus von Erfurt und den Freistaat Anhalt, sollte ein Bezirk ge werden. Diese Einrichtung ist gleich nach Leipzig be n. Sieben Bezirke sind bereits geschaffen. In Mittel land war es bisher schwer, die Frage zu regeln, weil ver e wichtige Dinge geklärt werden mußten. Aber auch die en Verhältnisse haben die Angelegenheit aufgehalten. Nach ieder geordnete Verhältnisse, wenigstens soweit sie der In zeit gegenüberzustellen sind, eingetreten, müssen wir weiter serer Arbeit. Wir fangen bei der Provinz Sachsen an, weil e beste Möglichkeit vorhanden ist, aus der Kleinstaaterei zukommen. Aber auch andere Gründe spielen mit. Die schaftsbewegung muß eine Entwicklung nehmen, wie sie teresse der Gewerkschaftsbewegung notwendig ist. In eldeutschland kann von einer gesunden Gewerkschafts ng nicht gesprochen werden. Wir haben eine gesunde Oppo tets begrüßt, weil sie zu Anregungen notwendig ist. In Bezirk aber kann von einer gesunden Opposition nicht ge n werden, sondern sie zeigt Tendenzen, die im Gegensatz zur schaftsbewegung stehen und

mit dem Zusammenbruch der Bewegung enden.

tten früher Opposition; jede Frage war umstritten, aber einandersetzung erfolgte in freundlichster Form, man hatte vor der anderen Meinung. Die heutige kommunistische ion aber wirkt nicht in dieser Weise, sondern ist eine be Organisation und muß als organisierte Oppo n bezeichnet werden. Es muß offen ausgesprochen werden: as gibt es nicht mehr! Der Weg würde zum Elend führen. Opposition die Führung hat, ist die Gewerkschaftsbewegung mert. In Halle hat die Opposition die Bewegung nach gebracht. Warum ist in anderen Bezirken die Bewegung

die Taktik der Gewerkschaften, sondern die fruchtlosen sind schuld und haben die Arbeiter vor den Kopf gestoßen. pposition ist abträglich und wir müssen ihr entgegentreten. wollen wir hier

mit dem Aufbau beginnen.

ezirkskartell Halle-Merseburg existiert mehr. Der entgegengesetzte Standpunkt der Opposition lich unhaltbar. Für Mitglieder und Funktionäre sind die ebenen Satzungen maßgebend. Wer nicht danach handelt, außerhalb. Die Kommunisten halten in ihrer Partei ehme ihnen das nicht übel — straffe Disziplin, und angen wir auch für den ADGB. Die Tätigkeit in Halle rg steht dem gegenüber. Die Regelung der Lohn- und edingungen ist Sache der Gewerkschaften. In Halle rg beachtet man diese Satzungsbestimmung nicht. Die er Konferenz hat versagt. Man redet sich heute heraus, n den Verhältnissen lag, wenn nichts erreicht wurde. Es daß Weimar kam; es war ein Versager und hat Ernüchte die Massen gebracht. Ein neuer Köder ist der Mai-Kon er schon stellen sich bei den Kommunisten Meinungs enheiten ein. Praktische Arbeit ist besser; aber die Kom halten lieber Konferenzen ab, die nachher nichts bringen. n Gelder gesammelt, die für unnötige Zwecke verbraucht Auch in der Kommunistischen Partei macht sich eine große Opposition bemerkbar, die die zwiespältige Haltung in den Gewerkschaften nicht mehr mitmachen will. Deshalb ist reinliche Scheidung notwendig, und ich erkläre:

Ein zweites Weimar gibt es nicht wieder!

Der Bundesvorstand soll die Ortskartelle, die an Weimar beteiligt waren, ausgeschlossen haben, wenigstens, so schreibt die „Rote Fahne" und die kommunistische Provinzpresse. (Ein kommunistischer Teilnehmer ruft: „Das ist Schwindel".) Ich stelle also fest, daß hier von kommunistischen Delegierten erklärt wird, daß die Behauptungen in der „Roten Fahne" und in der kommunistischen Presse Schwindel sind.

Der Referent begründet dann, wie die Bezirkskartelle geschaffen werden, ganz besonders wie es hier geschehen soll, damit kein Mißbrauch mehr mit dem Namen des Bundes getrieben wird. Die Anstellung des Bezirkssekretärs erfolgt im Einvernehmen mit dem Bezirksausschuß. Die persönlichen Kosten trägt der Bundesvorstand, die sächlichen muß der Bezirk aufbringen. Zum Schluß sprach der Genosse Schulz die Hoffnung aus, daß es nunmehr endlich zu praktischer Arbeit kommt. Er bemerkt, wenn hier von der kommunistischen Opposition erklärt wird: „Wir erkennen die Beschlüsse nicht an!", dann sagen diese Kollegen: sie erkennen die Bundessatzungen nicht an und stellen sich außerhalb der Gewerkschaften.

Bevor in die Diskussion eingetreten wird, erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind anwesend: 73 Delegierte, die 65 Ortsausschüsse vertreten, ferner 2 Gäste und der Genosse Schulz vom Bundesvorstand. Der Berichterstatter erklärt, daß verschiedene Mandate ungültig seien, weil der Name fehle. Ferner hätten verschiedene Ortsausschüsse mehr als ihnen zustehende Delegierte entsandt. Der Kollege Grabow weigere sich, sein Verbandsbuch abzugeben, trotzdem er es bei sich habe. (Warum wohl?) Die Mandatsprüfungskommission beantragte, die von ihr beanstandeten Mandate abzulehnen; trotzdem war auf Vorschlag des Genossen Schulz die Konferenz mit der weiteren Teilnahme aller anwesenden Delegierten einverstanden.

König (Weißenfels): Das Kartell mit einem Sekretär wird die Arbeit nicht schaffen. Die Gründe sind nicht stichhaltig. Wichtiger wäre die Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte gewesen. Die Verärgerung an der Politik des ADGB. hat die Arbeiter aus den Gewerkschaften getrieben.

Schmidt (Naumburg) schließt sich dem an. Schulz soll einmal zu uns kommen.

Grabow (Halle): Die Satzungen können je nach der wirtschaftlichen Lage verändert werden. Die Bezirksausschüsse müssen am Kampf interessiert werden, da sie die Unorganisierten erfassen können. Der ADGB. durfte das Ermächtigungsgesetz nicht beschönigen. Die Gewerkschaften müssen Politik treiben. Wir müssen die Betriebe in die Hand bekommen, da nur wir Werte erzeugen können. Trotzdem Grabow zugibt, daß die Reaktion gewachsen ist, erklärt er, daß gerade jetzt der Kapitalismus am empfindlichsten sei.

Wenscheck (Merseburg): **Wie kann Grabow noch vom Kampf sprechen, wo kein Mensch seinen Parolen mehr folgt?** Er spricht hier ganz anders, als wenn er zur Masse spricht. Die kommunistische Presse hat selbst zugegeben, daß Schlimmeres als das Ermächtigungsgesetz verhütet werden mußte. Weimar ist zum Verhängnis geworden. Die kommunistische Opposition im Bezirkskartell Halle-Merseburg hat die Arbeiterschaft systematisch beschwindelt und belogen. Das Provinzialkartell ist notwendig.

Höcker (Halle): Die Opposition wird Sieger in der Auseinandersetzung sein. Uns trennen zwei Welten. Disziplin in Gewerkschaften und Politik ist zweierlei. Ein Gewerkschaftler braucht nicht von den Grundsätzen einer Organisation überzeugt zu sein. (O weh! Schöne Aussichten!) Rücksichtsloser Klassenkampf führt zum Ziel. Die hier gefaßten Beschlüsse haben keine Gültigkeit. (!!)

Hesse (Halle): Die Opposition hat an Beweiskraft gelitten. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit in Mitteldeutschland ist aufgebaut auf Voraussetzungen und Versprechungen. Die kommunistische Opposition folgt nur den Weisungen der Parteizentrale. Höcker hat in Weimar den besten Beweis der Spaltungsarbeit gezeigt. Wir wollen eine feste Führung gegen das einige Unternehmertum. Die Kommunisten fälschen den Namen ADGB., weil er doch scheinbar sehr gut ist.

Hahnebutt (Magdeburg): Ueber die Notwendigkeit der Schaffung des Bezirkskartells gibt es aus wirtschaftlichen Gründen keine Zweifel. Das Bezirkssekretariat hat besondere Aufgaben angesichts der fortschreitenden Industrialisierung zu erfüllen.

Sinfell (Dessau): In Anhalt hat die Opposition nichts zu sagen, aber wir kennen ihre Absichten und Weisungen. Es ist Zeit, daß Ordnung geschaffen wird. Jeder hat schon mal in Opposition gestanden. Es müßte deshalb ein anderes Wort für die Gewerkschaftszerstörer gewählt werden. Schulz hat von der gesunden Opposition gesprochen, aber nicht die kommunistische anerkannt, wie hier behauptet wird. Zur Kampfführung gehört eine einheitliche Front, die zu schaffen unsere Aufgabe ist. Die Moskauer Thesen sprechen klar von der Gewerkschaftsspaltung. Wir stimmen dem Bundesvorstand bei.

In seinem Schlußwort geht der Genosse Schulz auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. Daß die Bezirkswirtschaftsräte nicht geschaffen sind, liegt am Volkswillen und Parlament. Die Gewerkschaften sind nicht verantwortlich zu machen und weise ich auf die Reichstagswahlen hin. Die Kommunisten können wir allerdings nicht wählen, da sie nur im Reichstag sind, um die Verhandlungen zu sabotieren. Sie sind schuld an den Beschlüssen zuungunsten der Arbeiterschaft. Wenn die Gewerkschaften so tölpelhaft gehandelt hätten, wie Grabow in der Chemischen Industrie, wäre nie etwas erreicht. In seinem Schreiben an den Arbeitgeberverband hat er die Weimarer Richtlinien verlassen. Das sollen sich die Arbeiter merken. Wir wollen die Gewerkschaften nicht zum Kampfplatz politischer Ueberspanntheiten machen. Wenn die Kommunisten im Augenblick die Betriebe übernehmen würden, dann wäre das heutige Elend gar nichts gegen das, was kommen würde. Wenn jemand heute, wie Grabow sagt, der Kapitalismus sei gerade jetzt am empfindlichsten, so hat er nicht das A vom Abc begriffen. Die Flucht aus den Gewerkschaften ist auf die Tätigkeit der Kommunisten zurückzuführen. Ich habe die kommunistische Opposition nicht anerkannt und tue es auch jetzt nicht. Wir machen endgültig Schluß. In der Broschüre: „Schulz, Leipart u. Ko.", von der kommunistischen Gewerkschafts-Opposition herausgegeben, steht, daß der Bundesvorstand ausgerechnet den Dümmsten genommen hätte, um die Opposition zu bekämpfen. Das betrifft mich und ich nehme den Vorwurf gerne an. Er zeigt aber, daß der Bundesvorstand auf dem Standpunkt steht, daß zur Bekämpfung der Beschlüsse der Weimarer Konferenz der Dümmste genügt. Es muß mit der Ueberzeugung der Kommunisten nicht weit her sein, wenn sie selbst der Ansicht sind, daß der Dümmste sie bekämpfen kann. Schulz fordert nochmals zu guter Arbeit auf.

Mit allen gegen 12 Stimmen wurde sodann die folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz begrüßt den Entschluß des Bundesvorstandes, für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt einen Bezirksausschuß nach dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses zu schaffen. Durch die Wirksamkeit der Moskauer Gewerkschaftsmänner ist die Gewerkschaftsbewegung in keinem Teil Deutschlands derartig zermürbt worden, wie in diesem Bezirke. Hier wirksam wieder aufzubauen, ist unbedingte Pflicht der Gewerkschaften. Die anwesenden Vertreter der Ortsausschüsse werden sich mit allen Kräften dafür einsetzen, der Gewerkschaftsbewegung dieses Bezirks wieder die ihr zukommende Stelle in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu verschaffen, auf die sie auf Grund der industriellen Bedeutung und der Vergangenheit Anspruch hat.

Eine weitere, vom Genossen Hesse eingebrachte Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen:

Am 30. März tagte in Köthen eine starkbesuchte Delegiertenkonferenz des ADGB. für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt, um Stellung zu nehmen zur vergangenen und zukünftigen Taktik der freien Gewerkschaftsbewegung.

Die Konferenz verurteilt das zerstörende Treiben der kommunistischen Opposition in den Gewerkschaften. Sie spricht der bisherigen, auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Gewerkschaftsführung ihr vollstes Vertrauen aus.

Die Konferenz fordert die mitteldeutsche Arbeiterschaft auf, sich in den freien Gewerkschaften einig zusammenzuschließen zum erfolgreichen Kampf gegen das konzernierte Großkapital.

Eine von den kommunistischen Delegierten eingebrachte Entschließung wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Die Beitragsregelung wurde dem Bezirksausschuß überlassen. Grundsätzlich soll ½ Pfennig pro Mitglied und Monat erhoben werden. In den Bezirksausschuß wurden folgende Genossen gewählt: Wünschmann und Kunert (Magdeburg), Hartung (Schönebeck), Speckhardt (Bernburg), Sinfell (Dessau), Rößler (Halle), Saupe (Halle). In den erweiterten Ausschuß noch die Genossen Rutzke (Burg), Körtig (Poppau), Hesse (Halle). Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Genosse Schulz schloß sie mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit in Mitteldeutschland.

K.

*

Das Bezirkssekretariat wieder eröffnet

Im Anschluß an die Konferenz trat der neugewählte Bundesausschuß zusammen. Im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand wurde der Genosse Wernecke (Cottbus) zum Sekretär gewählt. Die Adresse ist: Halle (Saale), Harz 42/44. Der Sekretär wird seine Tätigkeit sofort aufnehmen.

Der Kampf um den Achtstundentag im Baugewerbe.

Von der Baugewerkschaft Halle wird uns geschrieben: Am 8. Januar machten die Unternehmer des Bezirks Sachsen-Anhalt den ersten Vorstoß wegen Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden täglich. Den Vorstoß zu verwirklichen ließen aber die Witterungs- und Lichtverhältnisse nicht zu. Auf Grund der Arbeitszeitverordnung (§ 12) kündigte die Tarifgemeinschaft der vier Arbeitgeberverbände den § 3 (Arbeitszeit) und § 5 (Zeitlohn) des Reichstarifvertrag zum 12. Februar und diktierten ab 13. März die zehnstündige Arbeitszeit. Die Arbeitnehmervertreter stellten deshalb beim Tarifamt für das Baugewerbe den Antrag auf Feststellung des Vertragsbruchs. In der Sitzung vom 12. März zogen sie, das Unsinnige ihrer Handlungsweise einsehend, ihr Diktat zunächst zurück. In zwei Verhandlungen haben unsere Spitzenvertreter es glatt abgelehnt, Zugeständnisse wegen Verlängerung der Arbeitszeit zu machen. Eine vom Staatssekretär Möllendorf im Auftrage des Arbeitsministeriums gebildete Schlichtungskammer kam zu dem Vorschlag, daß die Arbeitgeber ermächtigt sein sollten, die bisherige tägliche Arbeitszeit bis zu 9 Stunden (wöchentlich 54 Stunden) zu verlängern. Ein Schiedsspruch wurde aber nicht gefällt.

Durch Flugblätter, Artikel in der Arbeiterpresse, in öffentlichen sowie Mitgliederversammlungen wurde die Bauarbeiterschaft unseres Bezirks auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Vor allem wurde auf die große Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter hingewiesen, deren Not und Elend nie beseitigt würde, wenn die in Arbeit stehenden Kollegen mehr als acht Stunden arbeiten. Wir waren deshalb der Meinung, daß kein Unternehmer es wagen könnte, den Bauarbeitern die Verlängerung der Arbeitszeit anzubieten. Leider haben wir uns getäuscht. Unter dem Druck des Unternehmers bringen es die Kollegen der Firma W. Freymuth in Könnern, Baustelle Aktien-Malzfabrik, aus Furcht vor Entlassung fertig, 10 Stunden täglich zu arbeiten. Auf einigen kleineren Baustellen derselben Firma wird 9 Stunden gearbeitet. Dasselbe ist auch bei der Firma Krähe u. Richter zu verzeichnen. Alle Vorstellungen bei diesen Kollegen, von ihrem Tun abzulassen und nur 8 Stunden zu arbeiten, waren ergebnislos. Mit wenigen Ausnahmen erklärten sie: „Wir haben lange genug gebummelt; wenn wir es nicht machen, tun es andere." Diese Ausrede wird hauptsächlich gebraucht von Kollegen aus der Umgegend von Könnern, die Hunger und Not noch nicht so gespürt haben wie ihre hallischen Kollegen. Bei der Firma Karl Schulze (Halle), Mannischestraße, wird ohne Rücksicht auf die arbeitslosen Kollegen ebenfalls 9 Stunden gearbeitet. Eine solche Handlungsweise muß mit Recht verbrecherisch genannt werden.

Im Auftrage des Arbeitsministers hatte der Schlichter für die Provinz Sachsen und Anhalt für Mittwoch, den 26. März, eine Verhandlung wegen Festsetzung der Arbeitszeit anberaumt. Hier erklärten die Unternehmer durch ihren Sprecher: Wir denken nicht daran, den bestehenden Lohn abzubauen. Im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues müßte aber, wie in anderen Berufen, auch im Baugewerbe länger gearbeitet werden. Von Arbeitnehmerseite kam ein glattes Nein. Die Verhandlung ist noch einmal vertagt. Es ist aber leicht denkbar, daß die Entscheidung in ganz kurzer Zeit durch den Schlichter fällt (die Schlichtungsordnung gibt ihm das Recht dazu), dann wird es sich zeigen, ob die Bauarbeiter gewillt sind, sich zu fügen. Deshalb richten wir noch einmal den Mahnruf an alle Kollegen: **Arbeitet nicht länger als acht Stunden!**

Die Ortsverwaltung.

Aus aller Welt.

Internationales Schachturnier in Neuyork.

Nach der 9. Runde war der Stand gemäß den verlorenen Punkten: Dr. Emanuel Lasker — 2 (1 Hängepartie); Aljechin — 2½; Réti — 3; Dr. Tartakower, Bogoljubow (1), Capablanca (1) — 3½; Janowski (1) — 4; Marshall (1) — 4½; Yates (1), Maroczy — 5; Eduard Lasker — 5½. Dr. Lasker hat sich also an der Spitze behauptet, Aljechin und Réti haben Dr. Tartakower zurückgedrängt, Bogoljubow steht noch an 5. Stelle, Capablanca hingegen ist auf die 6. zurückgegangen. Die Abstände zwischen den einzelnen Spielern sind gering, stets nur ½, und von 42 gespielten Partien sind 18 unentschieden geblieben, ein Beweis dafür, daß im Durchschnitt die Unterschiede in der Spielstärke nicht sehr groß sind.

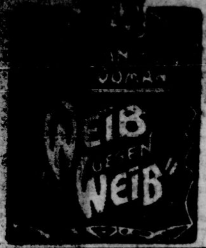
Der einzige Teilnehmer ohne Niederlage ist Dr. Lasker. Hervorgehoben zu werden verdient, daß der an letzter Stelle stehende Eduard Lasker von seinen 8 Partien zwar keine gewonnen, aber nur 3 verloren, also 5 unentschieden gemacht hat, darunter die gegen Dr. Lasker und Capablanca. Dr. Lasker selbst hatte unter seinen 7 Partien immerhin nur 3 Siege; den 4. dürfte er inzwischen gegen Bogoljubow errungen haben.

Mord an einem Lehrer.

Hirschberg, 30. März.

In Fischbach wurde in einer Grube auf dem Felde die furchtbar zugerichtete Leiche des Fischbacher Lehrers Mitte aufgefunden. Der Lehrer war in der Nacht vorher auf einer im Dorfe gelegenen Wiese ermordet worden. Hier fand man eine große Blutlache, die Uhr und einen Schlüssel des Ermordeten. Die Leiche ist darauf von dem Täter ein Stück geschleift worden, dann auf einen Handwagen geladen, über eine Höhe an die Grube gefahren worden. Die Grube war mit Quecken überdeckt worden. Daß die Leiche dahin gebracht worden ist, beweisen die aufgefundenen Spuren. Die Beweggründe der Tat sind noch vollständig in Dunkel gehüllt. Raubmord liegt aber auf keinen Fall vor, da alle Wertsachen des Ermordeten gefunden worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403311-15/fragment/page=0003



Vereins-Kalender

der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Berechnung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Inseratenpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Arbeitsgemeinschaft für Kinderseelenkunde. Heute, Montag, 31. März, letzter Vortrag. Da er sich besonders mit dem Schulkinde beschäftigt, ist die Teilnahme aller Eltern schulpflichtiger bzw. schulpflichtig werdender Kinder sehr erwünscht.

Freier Sängerchor. Dienstag abend 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Sitzung des Vorstandes mit der Musikkommission. Sehr wichtige Tagesordnung.

Jungsozialisten. Dienstag 1/28 Uhr im Jugendheim, [illegible]plan 20. Genosse Bacher spricht über das Parteiprogramm.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Halle a. S. Donnerstag, den 3. April 1924, im Ev. Vereinshaus, Mittelstraße: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher [illegible]. 6278

Merseburg. Montag, den 31. März, abends 8 Uhr, im Parteibureau: Funktionärsitzung. Aussprache über Vorstandswahl, Reichstags- und Stadtverordnetenwahl. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

— **Ortsausschuß des ADGB.** Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr im Kartellzimmer, Weißenfelser Straße 6: Kartellsitzung. Erscheinen aller Delegierten ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung Pflicht.

Bitterfeld. Mittwoch, den 2. April, abends 8 Uhr, im „Bahnhofshotel": Wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen ist Pflicht.

— Donnerstag, den 3. April, abends 8 Uhr, im „[illegible] Konzerthaus": Oeffentliche Versammlung. Redner: Reichstagsabg. Genosse Krüger.

Delitzsch. Mittwoch, den 2. April abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne": Oeffentliche Versammlung. Redner: Landtagsabgeordneter Genosse [illegible] Baentig (Halle).

Elsterwerda. Dienstag, den 1. April, abends 1/28 Uhr, im „Gesellschaftshaus": Oeffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse [illegible] (Berlin). Genossen, sorgt für starken Besuch.

Lobmbach. Sonntag, den 30. März nachm. 3 Uhr, im Lokal „Titte" öffentliche Versammlung. Redner: Landtagsabg. Gen. Baentig (Halle).

6322

Gastspiele ab 1. April

Mod. Theater

Dienstag frische

Seefische

in bekannter Güte.

Bratschellfisch Island . Pfd. 17 ₰
Kabliau o. Kopf Island . . Pfd. 25 ₰
Seelachs o. Kopf Pfd. 25 ₰
Scholle, Rotzungen u.a.m.

Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr 33 Tel. 6658.

Matjes

Stein-Blochert
Dichter-Schlacht??
im April-Programm
Koch's Künstlerspiele

Neuer Ausstoß von

Engelhardt-Spezial-Hell

am 1. April ds. Js.

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Siegfried
Mittwoch 6 1/2 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der **Hallisch. Arbeiter**

Weizenmehl
Wurzener Pfd. 17 Pf.
Back-Gewürze
Mandeln, Rosinen
Mohn
auf Wunsch gemahl.
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstr. 7
Gegüb. Neumarktsch.

Standuhren, 5702
üb. 30 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie
Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstr. 35.
Zahlungserleichterg.

Leder-Ausschnitt 5622
Filze
für Pantoffeln
Schuhm.-Bedarfsart.
sehr vorteilhaft.
F. Noah,
Lederhandlung,
Leipziger Straße 16
Ecke gr. Sandberg

Eisleben
Tabakwaren
hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarren-Hdlg.
Grabenstr. 50

Dauerhafte
Brieftaschen
in Leder
sehr preiswert
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Nähmaschin.
auf Wunsch 5743
Teilzahlung
Karl Möller,
Schmeerstr. 1.

Mai-Zeitung

1 9 2 4

Für die Maifeier 1924 erscheint Anfang April eine 8 Seiten starke, wirkungsvolle künstlerisch ausgestattete

Festschrift

Der 1. Mai wird in Anbetracht der nahen Reichstagswahlen ganz besonderes Interesse hervorrufen. Dazu soll die Maifestschrift, welche gleichzeitig eine Wahlzeitung ist, im erhöhten Masse beitragen. :: ::

Jeder sichere sich sein Exemplar
durch Vorbestellung beim Austräger oder bei der **Volksblatt-Buchhandlung, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.**

Wir liefern die Festschrift für 20 Pfg. (Porto und Verpackung frei). An Austräger und Wiederverkäufer liefern wir die Exemplare für 15 Pfg. (Porto u. Verpackung frei). Bestellungen baldigst erbeten.

Nach meiner Tätigkeit an den Universitäts-Kliniken Halle, Freiburg und Leipzig habe ich mich in
Ammendorf, Beesener Str. 61
niedergelassen.
Ammendorf, 1. April 1924.
Dr. med. Franz Wolff,
prakt. Arzt und Geburtshelfer.

Allen befreundeten Genossen und deren Angehörigen anläßlich der in ihren Familien stattgefundenen **Jugendweihe u. Konfirmation** unseren herzlichen Glückwunsch
Halle (Saale), den 30. März 1924.
Albin Undeutsch und Frau.

Die neue große Zeitschrift für die Probleme der Zeit!
Jeder politisch Interessierte, jede gewerkschaftliche u. politische Organisation muß

DIE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding

lesen. Die internationale Revue für Sozialismus und Politik bringt in ihrer ersten Nummer, die am 1. April erscheint, Beiträge von Vandervelde (Belgien), Brailsford (England), Branting (Schweden), Karl Kautsky, Reichsminister a. D. Prof. Dr. Radbruch, Reichsminister a. D. Dr. Hilferding, Reichskanzler a. D. Hermann Müller, preuß. Ministerpräsident Otto Braun, Prof. Mendelssohn-Bartholdy und vielen anderen

Jedes Heft 100 Seiten stark auf holzfreiem Papier in Antiqua gedruckt monatlich einmal zum Preise von 1,20 Mk.

Ich bestelle bei der **Volksblatt-Buchhandlung**, Halle, Gr. Ulrichstr. 27
_____ Exemplar _____ „Die Gesellschaft" (1,20 Mk. das Heft) zur Fortsetzung

Name .... Ort u. Straße ....

Beziehen Sie **„LACHEN LINKS"** durch die Volksblatt-Buchhandlung oder von den Verkaufsstellen bezw. den Austrägern des „Volksblattes", „Landboten" oder der : : : : ; „Mansfelder Volkszeitung" : : : : : :

Dauerhafte
Aktenmappen
in Leder
sehr preiswert
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus.

Stempel
liefert
Otto Schneiders Stempelfabrik
Tel. 1700
Halle, Neumarktstr. 1

Volksblatt-Buchhandlung
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Wer erteilt 10jähr. Mädchen
Mandolin.-Unterricht?
Möglichst Südviertel
Paul Dürrfeld,
Thomasiusstr. 28, I.

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inseriere!

Die schönsten
Konfirmanden-Geschenke sind
Ringe, Broschen, Armbänder, Kolliers, Broschen-Medaillons, Manschettenknöpfe, Uhren, 5870
welche man preiswert und vorteilhaft kauft bei
R. Voss,
Halle,
eigene Gold- und Juwelen-Fabrikat
Leipziger Straße 1,
gegenüber Drogerie Helmbold.
Fernruf 4624.

RAKETE

Bes.: J. Streicher. Dir.: W. Schur

April:
Gastspiele der hervorragendsten Kabarettgrößen des In- und Auslandes
Im Bühnenteil:
Der keusche Josep[h]
von Robitschek
Der Feuerwehrma[nn]
von A. Friedmann
mit **Willi Schu[r]**
Trotz enormer Gastspielg[agen]
keine erhöhten Eintrittsp[reise]

Aus nah und fer[n]

kommen **alle** gern und kaufen
Kaffee :: Kakao :: Tee
Schokolade :: Backartikel
Toilette- und Waschseifen
sowie alle anderen
Lebensmittel 6273
bei
Otto Bornschei[n]
Halle a. d. S. :: Mittelstraße 21.
Preise im Schaufenster bitte beachten!

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Aufnahmetermin bei der gewerblichen Berufsschule für alle Berufsschulpflichtigen Mittwoch, den 2. April 1924, nachmittag 4 Uhr, in der Handwerker[schu]le, Gutjahrstraße 1.

Schulzeugnis und Schreibwerkzeug sind mitzubringen

Berufsschulpflichtig sind alle in hiesigen gewerblichen Betrieben irgendwie beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren, wozu auch sämtliche Arbeitsburschen und ungelernten Arbeiter gehören, ferner alle weiblichen Handwerkslehrlinge oder handwerksmäßig irgendwie beschäftigten Arbeiterinnen unter 18 Jahren. Für die Einschulung ist lediglich der Beschäftigungsort des Jugendlichen, nicht aber der Wohnort maßgebend.

Halle, den 29. März 1924. 6282

Der Magistrat.

Am scharzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die Festsetzung einer öffentlichen Anlage auf dem Gelände des Kramer'schen Gartens an der Talstraße betreffende Bekanntmachung.

Halle, den 29. März 1924. 6283

Der Magistrat.

Merseburg

Gesetzliche Miete im Landkreis Merseburg vom 1. April 1924 an.

Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten einschließlich Schönheitsreparaturen wird von 12 auf 15 Prozent erhöht, so daß der Gesamtzuschlag 35 Prozent (bisher 32 Prozent) beträgt.

Die übrigen Bestimmungen meiner Bekanntmachung vom 27. Februar 192[4] bleiben in Kraft.

Merseburg, den 31. März 1924.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Guske.

Stein-Blochert
Dichter-Schlacht??
im April-Programm 6212
Koch's Künstlerspiele

Halle und Saalkreis.

Halle, den 31. März 1924.

Neue Leser für das „Volksblatt"

sind zugleich neue Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse. Der Wahlkampf muß benutzt werden, der sozialistischen Presse eine größere Verbreitung zu verschaffen. Je umfangreicher sie ist, desto mehr Einfluß hat die Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung. Macht jede Arbeiterfamilie zum 1. April auf das „Volksblatt" aufmerksam. Es ist gut ausgestattet und kostet mit illustrierter Beilage „Volk und Zeit" für den Monat 2 Mk. bei freier Zustellung in die Wohnung. Das „Volksblatt" ist kein Organ, das dazu gegründet ist, um dem Verleger hohen Profit einzubringen. Es ist lediglich dazu geschaffen worden, um die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren, um für den Sozialismus zu kämpfen.

Werbt mit Eifer neue Leser!

Unsere Jugendweihe

fand am gestrigen Sonntage im kleinen Saale des „Volkspark" statt und erfreute sich zahlreicher Teilnahme. Der Freie Sängerchor leitete die Feier mit einem passenden und wirkungsvollen Weihgesang ein. Genosse Ad. Thiele hielt die Ansprache, in der er die Jugend in eindrucksvollster Weise aufforderte, ihre Aufgaben in der Arbeit an sich selbst und später in der Mitarbeit an den großen Zielen der Zeit gerecht zu werden. Nach Verteilung von einem Bücherandenken und weiteren Gesängen erreichte die aufs beste gelungene Feier ihr Ende.

Nie wieder Krieg!

Solange tausendfältig Kain den Abel,
unblutig oder blutig, noch erschlägt,
und nicht der Streit, den einst erregt zu Babel
des Sprachenkampfes Erinnys, beigelegt —
solang nicht Poesie als Taub' im Schnabel
des ewigen Völkerfriedens Oelzweig trägt —
so lange, sag ich euch, trotz der Fanfaren
des Fortschrittjubels, sind wir noch Barbaren!

Robert Hamerling.

Daß diejenigen, die den Weltkrieg entfachten, nicht nur Barbaren, sondern Vandalen, Unmenschen, Rohlinge schlimmster Sorte waren und daß es ferner alle diejenigen, die uns heute mit verbrecherischer Leichtfertigkeit in einen neuen Krieg verstricken wollen, noch sind, bewies der am Sonnabend im gut besetzten „Volkspark"-Saal veranstaltete Vortrag der Gemeinschaft proletarischer Freidenker: „Nie wieder Krieg."

Der Vortragende, Artur Wolf (Leipzig), schilderte an Hand einer großen Anzahl Lichtbilder, die allerdings an Schärfe oft zu wünschen übrig ließen, den Krieg so, wie er sich tatsächlich abgespielt hat und riß damit jenen dunklen Ehrenmännern, die bereits heute wieder mit dem alten Soldatenliede: „Kein schönrer Tod ist in der Welt, als vor dem Feind erschlagen" krebsen gehen, die Maske vom blutrünstigen Gesicht.

Wolf bewies einleitend, daß auch der Weltkrieg nur ein Glied in der Kette aller Krieg ist. Jeder Krieg gebiert zwangsläufig einen neuen und einer ist immer grausamer als der andere. Schon ein Vergleich der Waffen von 1870/71 und denen, die im letzten Kriege gebräuchlich waren, zeigt das deutlich. Geschütze vom kleinsten bis zum größten Kaliber, Maschinengewehre, Drahtverhaue, Minenwerfer, Tanks, Giftgase, Dynamitsprengungen, Fliegerbomben, Flammenwerfer, U-Boote, Panzerkreuzer, Seeminen zogen in bunter Reihenfolge vor dem Auge vorüber. Weitere Bilder zeigten die furchtbaren Wirkungen, die diese Waffen verursachen. Zerschossene, vergiftete, verbrannte, zerrissene und zerhackte Menschenleiber nicht etwa nur einzeln, nein, zu Hunderten, zu Tausenden zeigte Wolf in seinen Bildern und doch hat Wolf recht — und das wird ihm jeder wirkliche Fronsoldat bestätigen müssen —; das grellste Bild, das je gemalt würde, die beredtetste Zunge wäre nicht imstande, das zu schildern und so zu schildern, was und wie es sich da draußen zugetragen hat. Man möchte trotzdem wünschen, daß allen Müttern, allen Frauen, allen Bräuten, einmal Gelegenheit gegeben würde, sich diesen Lichtbildervortrag anzuhören. Es könnte dann unseres Erachtens nicht vorkommen, daß eine Frau, eine Mutter, wie wir es kürzlich in einer deutschnationalen Wahlversammlung erleben mußten, für einen neuen Krieg eintritt, indem sie mit den heiligsten Schwüren versicherte, ihre Kinder im Geiste des „Freiheitskampfes" zu erziehen.

Weit über 18 Millionen Tote sind im letzten Kampfe geblieben und das ist ja gerade das Tragische an der jetzigen fortgeschrittenen „Kampfesweise", daß nicht allein der Mann, der vorm Feinde steht, dem Tode preisgegeben ist; auch die Daheimgebliebenen, die Frauen und Kinder, waren dem Hungertode und den feindlichen Fliegerbomben verfallen. In den Kriegsgefangenenlagern „starben" die Menschen wie die Fliegen. In einzelnen unserer sogenannten „Russenlager" stieg die Sterblichkeitsziffer bis auf 48 Prozent!!! Welche Schändlichkeit, Unmenschlichkeit und Grausamkeit sich hinter dieser Ziffer verbirgt, geht daraus hervor, daß die allgemeine Sterblichkeitsziffer im Höchstfalle (selbst wenn Seuchen wüteten) nicht höher als auf 2 Prozent stieg. Der türkische Militarismus, der ja bei dem preußischen gute Schule gemacht hatte, **mordete und meuchelte innerhalb dreier Monate einen ganzen Völkerstamm (die Armenier) von einer 1 600 000 Köpfen unter den Augen und mit Billigung deutscher Offiziere und deutscher Feldgeistlicher (!!) hin!!** Was sonst an Kulturwerten auf Jahrhunderte hinaus vernichtet wurde und einen Teil der 15 000 Schwerkriegsbeschädigten, die heute noch als menschliche Ruinen durch die Kunst der Aerzte mit den gräßlichsten Verletzungen in den sogenannten „Versorgungslazaretten" am Leben erhalten werden, zeigte eine weitere Serie Bilder.

Helft alle mit, jeder an seiner Stelle, daß den Kriegshetzern im geeigneten Moment ein entschiedenes „Nein" entgegengerufen werden kann! Werbe jeder aktiv für die Gedanken der Völkerversöhnung und der Menschlichkeit. Wer sich abseits stellt, versündigt sich!!

m—.

Paraden der Hakenkreuzler.

Aus Mitteilungen der hallischen und auswärtigen Presse ist ersichtlich, daß die „Vaterländischen" im Mai hier eine große Heerschau veranstalten wollen. Am Sonntag, dem 11. Mai, soll der in der Neujahrsnacht 1923 von einigen jugendlichen Kommunisten vom Sockel gekippte Moltke wieder auf seinen Platz gestellt werden. Die Einweihung soll zu einer „gewaltigen Kundgebung für den nationalen Gedanken" gestaltet werden. Sämtliche vaterländischen Verbände im Reiche sind aufgefordert, an diesem Tage „in enger Geschlossenheit bei der Wiederaufstellung des Denkmals ihren entschlossenen Willen zum Wiederaufbau des Vaterlands kundzutun. Generalfeldmarschall von Hindenburg und andere bekannte Heerführer haben bereits ihr Erscheinen zugesagt. Nach dem eigentlichen Einweihungsakt sind Umzüge durch die Stadt und ein Vorbeimarsch der beteiligten Formationen an dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg vorgesehen. Das kann ja ein ganz netter Klamauk werden. Nur schade, daß der Belagerungszustand öffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verbietet. Für die morgigen Bismarckfeiern, die zu einer wirksamen Wahlpropaganda für die monarchistischen Parteien gestaltet werden sollen, sind ebenfalls zwei „verdiente" Heerführer als Redner angekündigt. Halle steht also im Brennpunkt der Hakenkreuzbewegung.

Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte!

Am Mittwoch, dem 2. April, abends 1/28 Uhr, findet im Restaurant „Hofjäger", Lindenstraße, eine

Oeffentl. Beamtenversammlung

statt.

Ministerialrat Dr. Badt-Berlin spricht über das Thema: „Wir Beamten und die Reichstagswahlen."

Zu dieser für jeden Beamten wichtigen Versammlung laden wir alle Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten freundl. ein.

Der Beamtenwerbeausschuß der VSPD.

Kultur und Klassenkampf.

Es geht hart auf hart. Mit der ganzen Brutalität seiner wirtschaftlichen Kraft sucht der Kapitalismus das Proletariat in den Staub zu zwängen. Mit niederträchtiger Hinterlist schlachtet er die Stunde der größten Not für seine gierigen Machtgelüste aus. Wie nie will der Kapitalismus den Klassenkampf und wie nie ist der mit Blindheit geschlagen, der den ausgesprochenen, klaren Klassenkampf noch immer nicht als das Mittel zur Rettung des Proletariats aus seinem Elend, als das Mittel zur Bewahrung vor der drohenden völligen Sklaverei und zur Befreiung erkenn.

„Frei ist der Mensch, und wär' er in Ketten geboren." So haben sie alle in ihren höheren Schulen gelernt, die sich da jetzt zu Sklavenhaltern erniedrigen und dem Proletariat durch rücksichtslose Erhöhung der Arbeitszeit und weiteres Herabdrücken des Lohnes auch noch den letzten Rest von Menschentum zu nehmen bestrebt sind. Was nützt diesem besitzenden Unternehmertum alle Bildung und Kultur? Haben wir überhaupt Kultur? Kann Kultur im Kapitalismus überhaupt sein? — Die gegenwärtige Stunde zeigt mit offener Deutlichkeit, daß Kultur aufs innigste verbunden ist mit dem Klassenkampfe, daß der Klassenkampf den Keim wahrer, wirklicher Kultur in sich birgt.

„Frei ist der Mensch, und wär' er in Ketten geboren." Im Direktionsbureau, im Salon und in Büchern, ja, da ist der Mensch frei, und in den Schulen lernt der Mensch, was große, freie Menschen sich als Freiheit dachten. Aber in der Wirklichkeit, da draußen im grauen Alltag, da unten im Proletariat, da ist der Mensch unfrei, da ist er nichts als ein ganz gewöhnliches Werkzeug zur Befriedigung der kapitalistischen Laune und Gier.

Kultur ist Theorie. Kultur ist prophetisches Künden von großen Geistern. Kultur ist proletarisches Sehnen. Wirklichkeit wird die Kultur, wenn das Proletariat durch zähen, geschlossenen Kampf dem großen Feinde aller Kultur, dem Kapitalismus, die Faust auf den Nacken setzt und sich die Ordnung erzwingt, die die Kultur, die Freiheit und Menschentum erst möglich macht.

Wie hat man den Klassenkampf im Bürgertum stets als niedrig und unsittlich verworfen. Was sagt man denn nun zu diesem Klassenkampfe, zu dem der Kapitalismus da heute mit solcher kalten Brutalität herausfordert? Was sagt man zu diesem rücksichtslosen Egoismus, mit dem er sich auf Grund seiner wirtschaftlichen Macht zum selbstischen Diktator über Millionen wirtschaftlich Schwache macht und den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Proletariat, den Klassengegensatz herausbildet, wie er schärfer gar nicht herausgehoben werden kann?

Auch das Bürgertum, das uns stets wegen unseres Klassenkampfstandpunktes verurteilte, ist ja selber Träger des Klassenkampfgedankens, und diesen Klassenkampf, wie er da drüben geführt und gebilligt wird, er wird für recht und billig und sittlich gehalten, obwohl dieser Klassenkampf mit diesem Geiste die allergrößte und allerverwerflichste Unsittlichkeit und Unkultur ist, wie sie die ganze Weltgeschichte roher und unmenschlicher noch nie gesehen hat. Denn dieser Klassenkampf des Kapitalismus will nichts als Geschäft, nichts als Ausbeutung, nichts als Befriedigung der allerniedrigsten Triebe. Und dieser Klassenkampf wird dennoch von der herrschenden Klasse gekämpft und unterstützt. In keiner anderen Erscheinung kommt klarer die ganze Unkultur unserer Zeit zum Ausdruck.

Kultur wird allein aus dem proletarischen Kampfe heraus. Das Proletariat will auch sein Recht auf Leben, das Recht seiner Klasse. Aber es will nicht wie jenes rücksichtslose Herrentum den Sieg seiner Klasse, damit die andere ins Sklaventum getrieben wird. Ueber dem proletarischen Klassenkampfe steht leuchtend ein hoher, sittlicher, der höchste sittliche Kulturgedanke. Das Proletariat will als letzten Sinn des Klassenkampfes Menschentum. Die Idee des Rechts, die Idee der Freiheit, die Idee des Brudertums. Und eben darum muß das Proletariat einst siegen, weil ein hoher sittlicher Gedanke eben letzten Endes nicht anders als siegen kann.

Aber daß er siegt, dafür ist der proletarische Kampf die unbedingte Voraussetzung. Und darum zwingt keine Zeit so wie die unsere zur unbedingten geschlossenen Kampffront aller Unterdrückten. Da darf es einfach keine Lauen und Trägen geben. Entweder — Oder. Links oder rechts. Ein anderes gibt es nicht. Und wer nur einen Funken von proletarischem Fühlen und sittlichem Wollen in sich trägt, der muß sich heute scharen mit all seinen darbenden Schwestern und Brüdern um das kamperprobte rote Banner des Siegs.

* **Frauengruppe.** Der nächste Frauenabend findet am Mittwoch, dem 2. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über: „Die Aufgaben der Frau in der Gemeinde." Referent Genosse Albert Müller (Halle). Alle Genossen und Genossinnen, sowie Freunde unserer Bewegung sind herzlich eingeladen.

* **In der gewerblichen Berufsschule** findet die Aufnahme der Schulpflichtigen am Mittwoch, dem 2. April, nachmittags 4 Uhr, in der Handwerkerschule in der Gutjahrstraße, statt. Wie aus einer heute veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, sind alle in hiesigen gewerblichen Betrieben irgendwie beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren berufsschulpflichtig. Schulzeugnis und Schreibzeug sind mitzubringen.

* **Zeichen bitterster Not.** Der Polizeibericht meldet: Bei einer am 30. März in den frühen Morgenstunden vorgenommenen Durchsuchung der Feldscheunen und Strohdiemen des Landgutes Gimritz wurden 6 männlichen Personen nächtigend aufgefunden. Sie wurden dem Polizeigefängnis zugeführt.

* **Im Gedränge der Großstadt.** Am Sonnabend gegen 3 Uhr nachmittags wurde auf dem Marktplatz eine 43jährige Frau von einem Straßenbahnwagen der Linie 7 erfaßt und zu Boden geschleudert. Die Frau wurde hierbei am linken Unterschenkel schwer verletzt und mußte mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt werden. Der Unfall entstand dadurch, daß die Frau einem Radfahrer ausweichen wollte und so direkt vor den Straßenbahnwagen lief. Dem Führer des Straßenbahnwagens und dem Radfahrer ist eine Schuld nicht beizumessen.

* **Schlimme Streitfolgen.** Am Sonnabendvormittag wurde im Roten Turm eine Schaufensterscheibe dadurch zertrümmert, daß einer von sich streitenden Männern im Verlaufe des Streites in diese hineingestoßen wurde, ohne aber glücklicherweise verletzt zu werden. — In der vergangenen Nacht gegen 12,40 Uhr entstand an der Ecke Niemeyer-Königstraße eine Schlägerei zwischen vier männlichen Personen. Der hinzukommende Polizeibeamte mußte, um die sich Schlagenden auseinanderzubringen, von seiner Hiebwaffe Gebrauch machen. Durch den Waffengebrauch traten Verletzungen nicht ein, wohl aber waren drei Personen durch Stockhiebe erheblich am Kopfe verletzt.

Der weiße Schrecken.

13] Roman von Andor Nagy.

Aus dem Ungarischen übertragen von Stephan J. Klein.

Was soll er nun mit diesem Menschen beginnen? Soll er ihm die Wahrheit ins Gesicht schleudern? Soll er gegen ihn Anklage erheben? Vor wem? Er, der Bourgeois, der Gutsbesitzer? Er hat keine Lust dazu. Und nun glühte in ihm heftig, wie eine plötzliche Ohnmacht, die Sehnsucht nach Ueberlegenheit auf, die Sehnsucht des Verachtens aus vornehmer Höhe; eine Gebärde zuckte durch seine Gedanken, die auch unwillkürlich berechnende Gebärde jüdischer Großmut, die da ausdrückt: du bist stolz und prahlerisch, verabscheust, verachtest und bedauerst mich, du bist ein Gentry, ich bin bloß ein Jude, bin aber trotzdem vornehmer als du.

Er zögerte noch eine Weile, als dächte er nach, dann sagte er gelassen:

„Ja, ja, ich erhielt das Geld, selbstverständlich! Ich verstehe gar nicht, wie dies geschehen konnte, sicherlich aus Zerstreutheit, freilich, freilich, ich ließ es gar nicht hierher überweisen, sondern nach Budapest . . . Bitte, lassen Sie das Geld von meinem Bankdepot beschlagnahmen und der Produktionsgenossenschaft anweisen."

„Es ist in Ordnung," antwortete der zwidertragende Mann mißtrauisch und war gar nicht freundlich. „Wir werden hierüber sofort ein Protokoll aufnehmen, und Sie werden es unterschreiben."

„Bitte."

Nun schaute Abel zu Marczihazy hinüber. Doch vermochte er keinen Blick von ihm aufzufangen, verlor dadurch die Genugtuung. Sein Verwalter sprach voll lächelnder Vertraulichkeit mit dem einen Mitglied der Kommission.

„Bei Gott," sagte er lachend, „Schuft sei mein Name, wenn ich dazu keine Lust habe! Warum schließlich nicht, Sakrament noch einmal! Weshalb soll nicht auch ich Produktionskommissar sein? Ist's nicht wahr?"

„Aber Sie sind keine Proletarier, Herr Verwalter! Wie wollen Sie zusammen mit Proletariern arbeiten?"

„Bleh! Was heißt Proletarier? Sind denn Sie alle Proletarier? Phrase!"

„Doch sind wir überzeugte Sozialisten, wenn wir auch nicht Handarbeiter waren, sondern Lehrer, Rechtsanwälte, Gelehrte und dergleichen mehr. Das Wesentliche ist: Sozialist werden und sich mit dem Proletariat identifizieren."

„Was das anbelangt, so sind viele Ihrer Scherze nicht nach meinem Geschmack. Vergeblich, diesen Leuten muß man befehlen! Man darf sie nicht aufs hohe Roß setzen, dann arbeiten sie nicht. Werden überhaupt nichts tun, wenn man nicht mit der Peitsche dreinfährt!"

Er lachte. „Ich steh' nun einmal so zu dem Sozialismus!" fuhr er fort, „doch hol's der Teufel, ich werde mir diesen großen Ton schon ein wenig abgewöhnen. Schlagen Sie mich ruhig als Produktionskommissar vor, ich werde dieses Gut schon verwalten. Aber nun los! Die Heren, ach, was sag ich da! die Genossen werden doch zu einem kleinen Imbiß zu mir herüberkommen!"

Er lachte herzlich, als wären alle seine Angelegenheiten in bester Ordnung. Die Mitglieder der Kommission zierten sich ein wenig, zögerten, ließen sich bitten, machten sich aber dennoch auf den Weg. Um ihre Schwäche zu verhüllen, begannen alle auf einmal zu reden.

„Ausgezeichnet! Genosse! Herr Genosse, nicht wahr?"

„Lesen Sie fleißig Marx, Herr Verwalter! Das wird Ihnen wohl anstehen."

„Ich bin kein Hundsfott! Doch hat Ihnen die viele Wissenschaft geschadet!"

„Hoffentlich gibt's hier keine fleischlosen Tage?"

„Und auch kein Alkoholverbot!"

„Uebrigens, was das anbetrifft," erklärte mit größtem Ernst der zwidertragende Mann einem hinterher trottenden Gefährten, „eigentlich ist es ja im Interesse des Proletariats, die Fachkenntnis auf jedem Gebiete auszunützen. Weshalb sollte ein solcher Henochs nicht für uns arbeiten, wenn er arbeiten will?"

„Freilich, freilich, er soll Produktionskommissar werden. Wir werden ihn vorschlagen."

Nach dem Mittagessen, da sie sich die Zigarren anzündeten, blieben Abel und Marczihazy einige Augenblicke allein.

„Schauen Sie," begann der letztere hastig, um Abel zuvorzukommen, „ich habe mit diesen bereits Freundschaft geschlossen, werde durchsetzen, daß auch Sie zum Produktionskommissar ernannt werden. Wir bleiben schön hier, als ob überhaupt nichts geschehen wäre, werden bloß andere Titel haben. Ich werde nicht der gnädige Herr Verwalter sein, sondern der Produktionskommissar-Genosse. Sie werden nicht der gnädige Herr sein, sondern . . . ebenfalls! Haben Sie eine Ahnung, wie gut das sein wird? Wir werden das Gut so verwalten, aber so! . . . Sie werden schon sehen!"

Abel antwortete mit keinem Wort. Er preßte die Lippen fest zusammen, betrachtete so Marczihazy.

„Verstehen Sie mich doch!" sprach dieser sich näher neigend, „wenn wir beide hier am Werke bleiben, können wir uns so viel beiseite musizieren, wie in uns nur Platz hat! Den Ertrag werden wir teilen."

„Bitte," hub nun Abel an, „bemühen Sie sich nicht, lassen Sie das Reden, machen Sie mir keine derartigen Anerbieten. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mit mir teilen wollen, doch tue ich so etwas nicht. Habe es nie getan und werde es auch nicht tun. Machen Sie's nur allein."

„Glauben Sie mir," sprach Marczihazy in einem Ton, der schier wohlwollend anmutete, es ist fast Feigheit, es nicht zu tun. Wir werden doch nicht solche Narren sein, diesem Pack das ganze Gut zu überlassen, da wir mit ein bißchen Geschicklichkeit alles zurückmanipulieren können. Weshalb sollen nicht auch Sie etwas davon bekommen?"

Dies war Marczihazys aufrichtige Rede. Er nannte das Volk, die Arbeiterschaft, ein Pack und sah darin nichts Unrechtes, alles, was er konnte, lieber für sich zu behalten. Abel gegenüber hatte er trotzdem etwas wie einen Ueberrest von Redlichkeit und dies trieb ihn zu seinem Vorschlag; weshalb denn nicht? . . . Soll doch auch dieser Mensch etwas abbekommen . . . Wenigstens etwas zurückerhalten! Dieses Wohlwollen berührte Abel peinlich. Nun steht dieser Mensch vor ihm wie ein gutherziger Protektor, dem er schließlich noch Dank schulden wird.

„Nein, nein, danke!" Abel wies das Anerbieten zurück, „danke, bemühen Sie sich meinetwegen nur nicht. Daß ich Ihnen die sechsmalhunderttausend Kronen nachgesehen habe, ist nicht von Belang, braucht Sie zu nichts zu verpflichten. Doch muß ich Ihnen unter vier Augen sagen, ich hätte es von Ihnen nicht erwartet! Sie wissen ja, wenn Sie Geld verlangten, ich habe es Ihnen stets gegeben, aber auf einmal einen solchen Betrag und mich so zu verdächtigen vor diesen Leuten, die meine Feinde sind und mich am liebsten bereits in den Kerker schleppten, nein, das habe ich von Ihnen nicht erwartet. Das war sehr häßlich, berührt mich unangenhm und schmerzt mich. Von einem Marczihazy, den ich geschützt und zu dem ich Vertrauen hatte, dem es bei mir unbegrenzt gut erging, von einem Marczihazy muß ich schließlich erfahren, daß er ein gewöhnlicher Defraudant ist . . . Das ist sehr peinlich!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403311-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Frühere Zeitungszustellung im Kreise Liebenwerda.

Für die Orte Liebenwerda, Elsterwerda, Bockwitz, Lauchhammer, Naundorf, Grünewalde, Mückenberg und Plessa wird das „Volksblatt" ab 1. April nicht mehr durch die Post, sondern mit einer eignen Fahrbotin befördert. Diese benutzt den nachmittags nach 5 Uhr in Falkenberg abfahrenden Zug. Die Ortsvereinsleitungen der genannten Orte werden ersucht, ab Dienstag, den 1. April, stets pünktlich zum Bahnhof zu senden und die Zeitungen vom genannten Zuge abholen zu lassen. Die Zeitung wird also nicht mehr wie bisher vom Postboten, sondern **bereits am Abend des Erscheinenstages durch Zeitungsträgerinnen zugestellt.** Wo die dafür erforderliche Botin noch nicht bestellt ist, muß dies heute noch geschehen, damit die Mängel der späten Zustellung für immer beseitigt sind. Die Leser werden nunmehr um weitere Werbung neuer Abonnenten ersucht.

Die Expedition des „Volksblatt".

Nach dem Kampf in der chemischen Industrie.

Schmählicher ist wohl noch nie ein Rückzug angetreten worden, wie der Rückzug der „Bezirks-Kampfleitung für den Kampf in der chemischen Industrie". Nachdem die Chemiearbeiter den Unfinn des Geheimstabes in der Lerchenfeldstraße vernünftigerweise einfach nicht mitmachten, mußte der bestimmt erwartete strategische Rückzugsgrund aus dem gigantischen Ringen kommen: „Die VSPD. und die Gewerkschaften sind schuld." Wie üblich wurde auch alles, was nicht auf den Sowjetstern schwört, der Korruption beschuldigt. Und dabei steht fest, daß unsere Partei und die Gewerkschaften, besonders die letzteren, von diesem Plan der Filiale von Nietleben überhaupt keine Notiz genommen haben, weil sie bestimmt wußten, daß dieser in sich selbst zusammenbrechen muß. Und in punkto Korruption sind von der KPD. gerade in der letzten Zeit Glanzleistungen vollbracht, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Nicht allein mit Flugschriften, Propagandadrucksachen, laufenden Zeitschriften usw. hat man vor allem die „Sympathisierenden" bedacht; nein, man hat auch in allen mitteldeutschen Orten die Kosten für die notwendige Reklame übernommen. Daß man bei diesen Sendungen an Material und Geld auch an verkehrte Adressen gekommen ist, dafür liegen Meldungen aus verschiedenen Orten vor. Die Material- und Geldzentrale der KPD. kann aber überzeugt sein, daß alle an unsere Genossen gelangten Sendungen „richtig" verwandt worden sind. Auch die unter dem Pseudonym Leo Hardt erschienene und letzthin im „Volksblatt" veröffentlichte Gebrauchsanweisung bei Demonstrationen, die man jetzt in die illegale Zeit zurückdatieren will, ist in den „Kampf"tagen verschiedenen „Menschewisten" zugegangen. Daß da manchem der Gläubigen die Augen übergegangen sind, ist nicht zu verwundern, denn mit einer solchen Verschwörerbande will der Arbeiter, der noch einigermaßen die Betonung auf dieses Wort legt, nichts wissen.

Der Erfolg war dann auch danach. Weder in Piesteritz, noch in Bitterfeld und vor allem in Leuna hat man sich an die von Schustern, Arbeitslosen, Unionisten und der unvermeidlichen KPD.-Jugend „einstimmig" gefaßten Parolen gehalten. Nicht einmal die „Schild"träger der „Kampf"leitung in Leuna streikten. Sie haben es sich nicht entgehen lassen, auch an diesem Tage in gewohnter Weise den Betriebsführer zu begrüßen und sich ferner am Abend nicht abhalten lassen, dem Stab in der Lerchenfeldstraße den Bären von dem allgemeinen Streikwillen in allen Bauten aufzubinden. Und das ist das Widerliche an diesen Falschmünzern, die genau wußten, daß gerade am „Großkampftag" — am vergangenen Donnerstag — eine fast feierliche Ruhe auf dem Werke war, obwohl doch niemand irgendwie gehindert worden ist, von seinem unveräußerlichen Streikrecht Gebrauch zu machen. Beweis: die zwei Aufrechten vom Bau 248, die einzigen Streikenden des Werkes. Genau so feig war die in Merseburg gewählte Kommission, die der Leunadirektion Urfehde ansagen sollte, aber rechtzeitig „Herz"-Beklemmungen bekommen hat. Diese Marken mit dem Januskopf soll sich in Zukunft die Chemiearbeiterschaft etwas genauer angucken und ihnen für ihre Doppelzüngigkeit den verdienten Eselstritt versetzen. Denn gerade sie sind es neben der höckerigen Gesellschaft in Halle, die das Märchen von dem im Sterben liegenden Kapitalismus immer wieder dem Arbeiter vorgaukeln in der bestimmten Absicht, daß auf diese Roßtäuschermanier immer noch welche reinfallen. Vor allem die so vielumworbenen „Sympathisierenden". Diese, ein merkwürdiges Produkt einer ungleichen Paarung, die in der Lerchenfeldstraße ihren Ursprung hat, haben ihren Erzeugern wenig Freude bereitet; sie haben glänzend versagt. Trotzdem der Rasputin-Koenen vorher, nach Moskau geholt, gerade über sie den untrüglichen Tipp: „Jetzt oder nie" abgegeben hatte.

Was für Notwendigkeiten ergeben sich aus diesem Theater für jeden Gewerkschaftler und jeden unserer Parteigenossen? Sie haben die unbedingte Pflicht, die greifbare Wendung zum Besseren unter den Chemiearbeitern sofort zu unterstützen, wobei durch die letzten Vorgänge geradezu klassisches Material geliefert worden ist. Die in periodischen Zwischenräumen auf Befehl Moskaus von dessen Trabanten wiederholten Putsche müssen verschwinden. Mitteldeutschland darf nicht mehr der Tummelplatz dieser perversen Geister sein. Daher muß wieder ehrlicher zäher Kampf mit dem Unternehmertum um jeden Pfennig Lohnzulage und um jede Minute Arbeitszeitverkürzung treten. Denn nur dadurch kann die Arbeiterschaft an Achtung seitens ihrer Gegner gewinnen. Den falschen Arbeitervertretern der KPD. muß auf die Finger geklopft werden; denn im Betriebe haben sie zu zeigen, was sie leisten können. Da ist ihr Feld und nicht wie bisher in den Geheimzirkeln von Dreiviertelirrsinnigen. Wenn jeder ehrliche Kollege mitarbeitet, dann muß es anders werden; dann wird auch den Chemiearbeitern wieder das Leben lebenswert erscheinen, dann werden auch die Erfolge der Arbeiter auf dem Gebiete der Lohnpolitik und Arbeitsverhältnisse wieder greifbarere Formen annehmen. Gewiß wird diese Arbeit nicht leicht sein. Es wird vorerst immer noch gläubige Moskowiter geben, denn wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Aber gemacht muß diese Arbeit werden. Darum: **Rastlos vorwärts, damit derartiger Unsinn nicht wiedervorkommen kann.** Fl.

Neues vom Stahlhelm.

Einer Zuschrift aus politisch rechtsstehenden Kreisen an die Jugendzeitschrift „Die junge Gemeinde" entnehmen wir folgende interessanten Einzelheiten:

„Im östlichen Teil der Provinz Sachsen, wo die Braunkohlen- und Brikettindustrie und die Lauchhammerwerke vorherrschen, sind die Stahlhelm- und Wehrwolfgruppen direkt auf Befehl und mit Unterstützung der Werksleitungen eingerichtet worden, sie sind von den auf den Werken eingestellten ehemaligen Offizieren organisiert und auf Kosten der Werke feldmarschmäßig ausgerüstet worden. Bezahlen muß diesen Unfug natürlich der schlecht bezahlte Arbeiter und die Bevölkerung, die die hohen Kohlenpreise trägt."

Der Stahlhelm hat der Zuschrift zufolge auch die Absicht, in einem „Jungstahlhelm" eine Spitzenorganisation der ganzen deutschen Jugendbewegung zu schaffen. Die angeblich „knochenweiche" Bewegung müsse mit Gruppenführern der Stahlhelmrichtung durchsetzt werden. Der Verfasser fühlt sich im besonderen durch den Alkoholmißbrauch im „Stahlhelm" und im „Wehrwolf" abgestoßen. Den „auf Befehl von Werksdirektoren" veranstalteten Saufgelagen wagen selbst ältere, verheiratete Werksangehörige aus Angst, ihre Stellung und ihr Brot zu verlieren", nicht fernzubleiben. Sie gehen hin und besaufen sich „stiermäßig", ihren reaktionären Arbeitgebern zu gefallen. Ein Kommentar zu diesen Schilderungen eines Eingeweihten erübrigt sich.

Grundvermögenssteuer und Kleingartenpachten.

Nachdem durch Verfügung des Finanzministers vom 14. Januar 1921 über die Nachprüfung und Berichtigung der Bewertungsgrundlage der Wertvermögenssteuer diese Prüfung insbesondere für die „unbebauten, in der Umgebung von Städten und Industrieorten belegenen Grundstücke" angeordnet ist, dürfte sich, so führt der Minister für Volkswohlfahrt, dem Amtlichen Preußen Pressedienst zufolge, in einem Erlaß aus, ein Weg finden lassen, um auch das Kleingartenland vor übermäßiger, für die Kleingärtner untragbarer Grundsteuerbelastung zu schützen. Insbesondere bietet die Bestimmung der genannten Verfügung hierzu einen Weg, in der es heißt, daß Grundstücke der erwähnten Art nicht mehr in dem Umfange wie vor dem Kriege als Baugelände angesehen werden können, weil die Bebauungsmöglichkeit nicht mehr in dem Maße wie in der Vorkriegszeit besteht.

Diese Beurteilung wird auf die meisten Kleingartenflächen zutreffen, und Ueberlastungen dieser Flächen dürften um so eher zu vermeiden sein, als es in der genannten Verfügung weiter heißt, daß „auch in Zweifelsfällen es zur Vermeidung von Steuerhärten zweckmäßig sein werde, die Grundstücke nach dem Ertragswert zu bewerten". Bei einer Bewertung nach diesen Gesichtspunkten besteht kein Zweifel, daß die Grundvermögenssteuer eine den Kleingärtnern selbst tragbar erscheinende Höhe nicht übersteigen wird.

Merseburg. Etwas unverständlich. Wie uns gemeldet wird gehen in den städtischen Betrieben die Betriebsführer herum und erklären, ab 1. April würde die auf 9 Stunden verlängerte Arbeitszeit eingeführt. Was diese Minierarbeit gegen den fast einstimmigen Beschluß der letzten Stadtverordnetensitzung, nach dem auch fernerhin nur 8 Stunden gearbeitet werden soll, bedeutet, ist etwas unklar. Warum erklärt der Magistrat, der ja in der Mehrheit aus Bürgerlichen besteht, nicht einfach: Wir pfeifen auf die Beschlüsse der Stadtverordneten. Unsere Genossen werden in der nächsten Sitzung in das Dunkel dieser Angelegenheit etwas Licht hineinbringen müssen.

Naumburg. Die Volksbühne warb durch ihre letzten Veranstaltungen mehrere hundert Mitglieder. Wir empfehlen allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, zu der für Sonnabend abend 8 Uhr angesetzten Gründungsversammlung zu erscheinen.

Bitterfeld. Langsame Besserung des Arbeitsmarktes. Die Entspannung des Arbeitsmarktes hält an. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen hat sich seit dem 22. März 1924 um 133 auf 2999 vermindert, so daß der Rückgang in den letzten zwei Wochen 541 beträgt. Es wurden weitere Einstellungen von Handwerkern vorgenommen, so daß zu erwarten ist, daß in nächster Zeit ein Mangel an Handwerkern eintreten wird, wenn die Einstellungen in gleicher Weise ihren Fortgang nehmen. Zurzeit kann der Bedarf noch aus dem Kreise Bitterfeld gedeckt werden. Unterstützungsempfänger sind noch 1776 vorhanden, das bedeutet einen Rückgang von 196, so daß in den letzten zwei Wochen die Hauptunterstützungsempfänger um 1022 insgesamt zurückgegangen sind. Die Zahl der Erwerbslosen, die sich der Kontrolle des Arbeitsnachweises noch unterstellt haben, aber keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, ist auf 1223 angewachsen.

Delitzsch. Wie die bürgerliche Fraktion die städtischen Interessen wahrt, bewies sie in der letzten Stadtverordneten-Versammlung. Es stand u. a. die Erhöhung der Hundesteuer zur Besprechung. Die Magistratsvorlage sah für den ersten Hund 30 Mk., für jeden weiteren Hund 60 Mk. vor. Die bürgerliche Fraktion stellte aber den Antrag, die Sätze auf 20 Mk. und 40 Mk. zu ermäßigen. Es entsteht dadurch der Stadt eine Einbuße von rund 7000 Mk. Durch die Abwesenheit einiger Stadtverordneten der Linken kam der bürgerliche Antrag mit 12 gegen 11 Stimmen durch. Mit Zufallsmehrheit, der Vorsteher entschied, da Stimmengleichheit bestand, wurde ein anderer Angriff der bürgerlichen Fraktion abgeschlagen. Die Zuschläge zur Gewerbesteuer waren vom Magistrat auf 350 Prozent festgesetzt. Die zu zahlenden Steuern entsprechen denen, die 1923 zu zahlen waren. Trotzdem ertönte das alte Lied: Untergang des kleinen Gewerbetreibenden usw., und die bürgerliche Fraktion stellte den Antrag, die Zuschläge auf 200 Prozent zu ermäßigen, der aber nicht angenommen wurde. Bei Beratung der Satzung für die kaufmännische Berufsschule wurde auf Antrag unserer Fraktion die Schulhaftstrafe gestrichen; des weiteren kam in Fortfall die Strafe des Nachsitzens. — Die Wassergebührenordnung wurde nach der Magistratsvorlage, die die Grundvermögenssteuer zugrunde legt, angenommen. Der übliche kommunistische Zwischenfall durfte natürlich nicht fehlen. Wiederum hatte man die Erwerbslosen vorgeschoben und erhob nun Geschrei, als die Mitglieder des Kollegiums nicht nach der kommunistischen Pfeife tanzten. Bei dieser Gelegenheit ließ unsere Fraktion erklären, daß sie in Zukunft die Beratung von Anträgen, die erst kurz vor der Sitzung eingereicht würden, überhaupt ablehne.

Delitzsch. Einschulung. Die Schulanfänger werden eingeschult Dienstag, den 1. April, vormittags 10¼ Uhr in der Chausseestraße und Bitterfelder Straße und vormittags 11¼ Uhr in der Luisenstraße.

Eilenburg. An die Wähler- und Wählerinnen! Vom 30. März bis 12. April liegen die Wählerlisten aus. Alle Wähler haben die Pflicht, sich zu überzeugen, ob sie in die Wählerliste eingetragen sind, damit sie am Wahltage ihr Stimmrecht ausüben können. In anerkennenswerter Weise haben sich eine Anzahl Genossinnen und Genossen bereit gefunden eine Abschrift der amtlichen Wählerliste vorzunehmen, so daß es unseren Parteigenossen leicht gemacht wird, Einblick in die Wählerlisten zu nehmen. Eilenburg ist in neun Stimmbezirke eingeteilt. In jedem Stimmbezirk liegt eine Liste bei nachstehenden Genossen aus. **Alle Unrichtigkeiten** werden an der betreffenden Stelle eingetragen und wird von den Listeninhabern alles weitere veranlaßt werden. Es folgt nun hier eine Aufzeichnung der Stimmbezirke mit den dazu gehörigen Straßen und die Stelle, wo die Liste ausliegt. Es ist notwendig, daß sich jeder Genosse die nachstehende Zusammenstellung aufbewahrt, weil eine Wiederholung dieser ausführlichen Straßenzusammenstellung aus Raummangel in den Zeiten der Wahl nicht wieder erfolgen kann. Der 1. Abstimmungsbezirk umfaßt folgende Straßen: Bartholomäusaue, Brückenstraße, Collmenerstr., Dübenerstr., Dübenerplatz, Dübenerlandstr., Lossastr., Kützscheuerstr., Schäfereistr., Torgauerlandstr., Uferstr., Windmühlenstr., Wurzenerlandstr., Wurzenerstr., Ziegelstraße. Die Liste liegt im Konsum Eilenburg-Ost beim Genossen Jentzsch aus. — 2. Abstimmungsbezirk: Falkenhainstr., Georgenstr., Jakobsplatz, Kleine Mauerstr., Möbiusstr., Friedhofstr., Hirschgasse, Martinstr., Nordring 1–14, Nordring 42–55, Torgauerstr. Diese Liste ist im „Weißen Roß" beim Genossen Lucko einzusehen. — 3. Abstimmungsbezirk: Dorotheenstr., Friedrichstr., Marktplatz, Gr. Mauerstr., Mackensenstr., Nikoleiplatz, Muldenstr., Nordring 15–41, Wilhelmstr. Einzusehen beim Gen. Vogel, Wilhelmstr. — 4. Abstimmungsbezirk: Eckardstr., Gartenstr., Leipzigerstr., Mühlplatz, Rollenstr., Wallstr., Mühlstr., Fischerweg, Augustenplatz. Einzusehen im Konsum Leipzigerstr. beim Genossen Hennemann. — 5. Abstimmungsbezirk: Belianstr., Breitestr., Karlstr., Kornmarkt, Schulstr., Siebertsgasse, Steinstr. Einzusehen im Konsum Breitestraße beim Genossen Zinnitz. — 6. Abstimmungsbezirk: Bismarckstr., Bülowstr., Röberstr., Samuelisdamm, Schreckerstr., Südring. Einzusehen in der „Linde" beim Gen. Zwenzner, Südring. — 7. Abstimmungsbezirk: Bahnhofstr., Kranoldstr., Rinkartstr., Schützenstr. m. Baracken, Stadtpark, Sydowstr. Die Liste ist einzusehen beim Genossen Quitzsch, Kranoldstr. 18b. — 8. Abstimmungsbezirk: Degenkolbstr., Feldweg, Franz-Abtstr., Fuchsberg, Ehrenfriedhof, Lehmberg, Funkenweg, Fürstenweg, Gelbchenweg, Wilhelm-Grunestr., Halleschestr., Rödgenerstr., Schloßaue, Schloßberg. Einzusehen im „Tivoli" beim Genossen Jäger. — 9. Abstimmungsbezirk: Bergstr., Flügelstr., Grenzstr., Kellerstr., Mittelstr., Leipzigerlandstr., Weinbergstr., Ferdinandstr., Grabenweg, Hügelstr., Mansberg, Leipzigerhöhe, Teichstr. Einzusehen im Konsum Bergstr. beim Gen. Rötzke. — Jede Liste ist mit laufenden Nummern versehen. Alle Genossinnen und Genossen, welche die Wählerliste einsehen, schreiben sich ihre Nummer auf, damit wird am Wahltag die Arbeit wesentlich erleichtert; z. B. Quitzsch Wilhelm, 7. Abstimmungsbezirk Nr. 688. Im allgemeinen ist es nun Pflicht aller Genossinnen und Genossen bei der Wahlarbeit eifrig mitzuarbeiten, sei es bei Verteilung von Flugblättern oder anderen Arbeiten. Von unserer Tätigkeit hängt der Wahlerfolg ab. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im „Schützenhaus" die erste große Wählerversammlung statt. Schon heute muß eine eifrige Agitation einsetzen, um einen guten Besuch zu erzielen. Es wird Sorge getragen, daß Störungen unterbleiben. Redefreiheit wird garantiert, soweit dies in sachlicher Form geschieht. Gegen Störungen oder Sprengungsversuche, ganz gleichgültig von welcher Seite sie kommen, wird rücksichtslos mit allen Mitteln vorgegangen werden.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle.

Zum
Schulanfang
und zur
Konfirmation
bringen wir unser seit Jahrzehnten bestens bekanntes Atelier in empfehlende Erinnerung

Bis 6. April inkl.
geben wir bei Bestellung von 1 Dutzend Kabinett von
10,- an 1 Vergrößerung
30×40 cm Bildgröße, fertig retouchiert
gratis

12 Visites . . . . . . von 5.– an
12 Postkarten . . . . von 7.– an
3 Paßbilder 5×7 . . . . 2.–
6 Paßbilder 5×7 . . . . 2.75

Unsere Firma bürgt für
fachgemäße, beste u. billigste
Ausführung.
Samson & Co. G. m. b. H.
Poststraße 9/10 :: Fernruf 1025

Unsern Frauen
die „Frauenwelt"
Eine Halbmonatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text,
Unterhaltung u. Kurzweil
und schöne Moden
den Frauen zur Freude!
Für 30 Pfennig das Heft
besorgt a.
Volksblatt-Buchhandlung
nur Große Ulrichstraße 27

Muschelbutter 90 Pfg.
die gute Molkereibutter . . . . das Stück
F. H. Krause
6223

LACHEN LINKS
Das Witzblatt der Republik!
Preis 25 Pfennig :: :: Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung, nur Gr. Ulrichstr. 27

Delitzsch
Am Schwarzen Brett: 6274
Auslegung der Stimmliste für die Reichstagswahl sowie der Bürgerliste für die Stadtverordnetenwahl.
Magistrat Delitzsch.

Anzug-, Kostüm- und Mantel-Stoffe
zu enorm billigen Preisen empfiehlt
A. Reinsch, Tuchhandlung
Alte Promenade 17. 6140

Kluge Frauen!
Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen Regelstörung!
Hüten Sie sich vor Anpreisungen, die nur selten das halten, was sie versprechen!
Rettung und neuen Lebensmut bringen meine seit Jahrzehnten erprobten Spezialmittel und befreien Sie von krankhaften Stockungen, die zur
Verzweiflung
treiben können, auch in schweren Fällen. Einfachste Anwendung, garantiert unschädlich, keine Berufsstörung. Viele freiw. und herzliche Dankschreiben bezeugen den Erfolg, oft schon in Stunden. Versand unauffällig unter Nachnahme. Leiden Sie? dann schreiben Sie noch heute an
W. Heilmann, Hamburg 19 (A 514)
Belleallıancestr. 46 1142

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403311-15/fragment/page=0006